



ÖDP – für ein lebens- und liebenswertes München

Kommunalpolitisches Programm **2020 für München**

Beschlossen vom Stadtparteitag am 23.10.2019

5. überarbeitete Fassung

Impressum

Team Programm

Markus Raschke (Bezirksrat), Nikolaus Nielsen (Team Newsletter), Matthias Walz (BA 9)

Weitere intensiv Mitwirkende

Tobias Ruff (Stadtrat), Nicola Holtmann (Klimaschutzexpertin, BA 13), Katharina Horn (Radexpertin), Almut Schenk (Team Orga), Daniela Härter (Team Orga), Anja Scholz-Polisky (BA 10), Leo Meyer-Giesow (BA 11), Julia Knötzingler (Stadtvorstand), Andy Landgraf (Mitglied)

Herausgeber

ÖDP Stadtverband, Steinheilstr. 10, 80339 München

Tel: 089 - 52 31 01 67

Fax: 089 - 52 31 01 59

info@oedp-muenchen.de

www.oedp-muenchen.de

Liebe Münchnerinnen und Münchner!*

Dear citizens of Munich!**

Raus-aus-der-Steinkohle (2017), Rettet die Bienen! (2018), Altstadtadrlring & Radentscheid (2019) – unser Einsatz für München ist sehr erfolgreich, wir wollen unser München lebenswert und liebenswert erhalten!

Unsere Bilanz 2014 bis 2020 ragt weit über unsere Repräsentanz im Stadtrat hinaus. Unsere Stadträte Sonja Haider (seit 2014) und Tobias Ruff (seit 2008) zeigen unermüdlichen Einsatz und brauchen mit der Wahl im März 2020 dringend Verstärkung, um mehr gute ÖDP-Ideen in München umzusetzen, denn was wir mit zwei Stadträten in den letzten 6 Jahren realisiert haben, ist enorm.

Die in diesem Programm festgehaltenen Forderungen stellen Standpunkte und Ziele der ÖDP München dar. Uns ist klar, dass manche einen langen Atem benötigen, doch wir verfolgen diese Ziele beharrlich, sie sind unsere Leitlinien in der Tagespolitik. Die Klimakrise als größtes globales Problem unserer Zeit bedarf einer Politik, die konsequent gegensteuert. Die verfehlte Wachstums- und Wirtschaftspolitik hat zu hohen Mieten und weniger Grünflächen geführt – hier zeigen wir, dass es auch anders gehen kann.

Die ÖDP hat erfolgreich gezeigt, dass unsere Konzepte mehrheitsfähig sind, wie unser Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“, unser Bürgerbegehren „Raus-aus-der-Steinkohle“ und die beiden Radl-Bürgerbegehren „Radentscheid“ und „Altstadtradring“ zeigen.

Gestärkt durch diese Erfolge, mit unserer sachlichen konsequenten Beharrlichkeit und großem Engagement wollen wir nun bei der Kommunalwahl 2020 Fraktionsstärke schaffen und uns als vierte Kraft für München etablieren.

Im Folgenden kurz zusammengefasst unsere Top-Themen und unser Programm für die Münchner Bürger*innen.

***Anmerkung zur Lesbarkeit:**

Das Programm der ÖDP München bezieht sich auf alle Geschlechter, für die Lesefreundlichkeit wird meist eine generische Form genutzt.

****Anmerkungen zur Sprache:**

The election is open to all EU citizens, our program is for everybody in and around Munich whom it might concern. We are sorry, to only provide our program in German, but if you need further information in other languages, don't hesitate to contact us, we will help you to understand our plan for Munich. :)

Die ÖDP-Top-Themen für die Stadt und die Wahl 2020

Rettet das lebenswerte München!

Gute Gründe, die ÖDP München zu wählen

Top-Thema Nr. 1

ÖDP: Rettet das Klima – und zwar sofort!

Die Klimaüberhitzung ist real und muss konsequent bekämpft werden – auch in München. Zu viel wurde zu lange versäumt: Jetzt müssen schon Schüler streiken, damit die Politik umdenkt. Den Kohleausstieg in München haben wir schon 2014 gefordert – als einzige. Mit unserem erfolgreichen Bürgerbegehren „Raus-aus-der-Steinkohle“ haben die Münchner*innen deutlich gemacht, dass sie den Kohleausstieg bis spätestens 2022 wollen. Dafür kämpfen wir.

Bis 2035 kann und muss unsere Stadt komplett klimaneutral werden. Wir unterstützen alle 32 Forderungen von Fridays for Future für München.

Top-Thema Nr. 2

ÖDP: Lebenswert und bezahlbar Wohnen in München

Es muss dringend in großem Umfang bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Städtische Flächen dürfen ausschließlich für Wohnungsbau in städtischer und genossenschaftlicher Hand genutzt werden. Die Nachverdichtung darf nicht maßlos fortgesetzt werden und die ohnehin knappen Grünflächen gefährden. Wohnraum muss Vorrang vor Gewerbe- und Büroflächen haben – deshalb dürfen, solange die Wohnungsnot anhält, keine neuen Gewerbeflächen entstehen. Die Grenzen des Wachstums gelten auch für München, daher unterstützen wir das Bürgerbegehren für ein „Lebenswertes München“.

Top-Thema Nr. 3

ÖDP: Nachhaltig wirtschaften und leben

Lebenswerte Wirtschaft heißt: nachhaltig, gesund, sozial, regional und kleinteilig. Ewiges Wachstum gibt es nicht; wir müssen uns auf eine Postwachstumsökonomie vorbereiten.

Unser Ziel ist eine Wirtschaft ohne Wachstumszwang, ohne Profitgier, ohne soziale Ausgrenzung und ohne Umweltzerstörung: eine ökosoziale Marktwirtschaft.

Top-Thema Nr. 4

ÖDP: Verkehrswende jetzt – Radentscheide umsetzen, ÖPNV ausbauen

Die Radl-Partei Münchens ist Orange, die Mitarbeit der ÖDP am Bürgerbegehren Radentscheid hat maßgeblich zu seinem Erfolg beigetragen. Im Stadtrat mehr Rad-Anträge als alle anderen Fraktionen – wir meinen es ernst damit, den Rad-Anteil am Verkehr deutlich zu erhöhen. Zudem fordern wir Verbesserungen und den maximalen Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs.

Top-Thema Nr. 5

ÖDP: München kinderfreundlicher machen

Armutsrisiko Kind: In München findet man mit Familie kaum noch eine Wohnung. Wir fordern mehr Platz für Kinder, eine stärkere Gewichtung von Nachhaltigkeitsthemen in Bildung und Erziehung sowie verstärkte Anstrengungen zur Förderung von Familien.

Top-Thema Nr. 6

ÖDP: Tiere besser schützen

Der Tierschutz ist im Grundgesetz in Artikel 20a verankert und wir haben die Pflicht, Tieren diese Rechte zu sichern. Die ÖDP fordert Maßnahmen zu ergreifen, die den Fleischkonsum in München reduzieren, und höchste Standards beim Tierschutz umzusetzen.

Top-Thema Nr. 7

ÖDP: München solidarisch und inklusiv

Mitgefühl und die Verantwortung für sich selbst und für andere sind grundlegende Werte, die wir verfolgen. Wir haben die Pflicht, ein langfristig sicheres und lebenswertes München für alle zu schaffen. Zur Solidarität gehört ein ökonomisch und ökologisch nachhaltiges Gemeinwesen. Jeder Mensch soll in München nach seiner Art glücklich werden – und in einer offenen Gesellschaft nicht für seine Lebensweise oder Überzeugungen diskriminiert werden. Wir stehen für ein buntes, offenes und herzliches München!

Top-Thema Nr. 8

ÖDP: München transparent und bürgernah machen

Barrierefrei, öffentlich (auch online) und transparent: Wir machen engagiert und ehrenamtlich Politik und haben auch zwischen den Wahlen ein offenes Ohr für die Bürgerinnen und Bürger. Wir fordern Transparenz und politische Unabhängigkeit von allen politischen Parteien in München ein! Parteien, die Lobby-Gelder von Unternehmen nehmen, haben im Stadtrat nichts verloren.

Kommunalwahlprogramm München 2020

1.	Rettet das Klima!	7
1.1.	Energiewende: 100% CO ₂ - und atomfreie Energieversorgung	7
1.2.	Energieverbrauch deutlich reduzieren	8
1.3.	Nachhaltige Investitionen und Divestment der LH München	9
2.	Wohnen in München – lebenswert und bezahlbar	10
2.1.	Bezahlbar wohnen für alle	10
2.2.	Wohnraum nachhaltig bauen statt maßloser Nachverdichtung	11
3.	Grenzen des Wachstums erkennen – den Charme Münchens erhalten	12
3.1.	Grünanlagen und Wohnraum statt neuer Gewerbeflächen	12
3.2.	Wider die gesichtslose Stadt – Denkmalschutz ernst nehmen	12
4.	Nachhaltig und sozial wirtschaften – Mensch vor Profit	13
4.1.	Arbeitsqualität, regionale und kleine Betriebe fördern	13
4.2.	Investition in städtische Infrastruktur und Leitungsnetze	14
4.3.	Effiziente und nachhaltige städtische Einrichtungen	14
4.4.	Nachhaltig haushalten mit städtischen Geldern	15
5.	Verkehr nachhaltig gestalten	16
5.1.	Verkehr leiser, sauberer und weniger	17
5.2.	Sicher unterwegs zu Fuß	17
5.3.	Freie Fahrt fürs Rad	17
5.4.	Mehr Sharing und weniger Autos	18
5.5.	Öffentlichen Nahverkehr zügig ausbauen	19
5.6.	Autoverkehr umweltverträglicher gestalten	20
5.7.	Flugverkehr auf das Nötigste reduzieren	21
6.	Respektvoller Umgang mit der Natur	22
6.1.	Rettet die Bienen! – ÖDP-Volksbegehren Artenvielfalt sofort umsetzen!	22
6.2.	Gewässer schützen und Stadtbäche renaturieren und freilegen	23
6.3.	Respekt vor Tieren	23
6.4.	Land, Forst und Sortenvielfalt bewahren, Eigenanbau fördern	24
6.5.	Abfall vermeiden und die Umwelt sauber halten	25
7.	Gesund leben in München	25
7.1.	Prävention und Verbraucherschutz	25
7.2.	Gesund nachhaltig und regional ernähren	27
8.	Soziales München: Bildung und Teilhabe für alle Generationen	27
8.1.	Ein vielfältiges und offenes Bildungswesen	28

Programm der ÖDP für München 2020-2026

8.2.	Kinder- und familienfreundliches München	28
8.3.	Münchner Jugend fördern	29
8.4.	München für Senioren lebenswert erhalten	30
9.	Solidarisches München – weltoffen, inklusiv, integrativ und engagiert	30
9.1.	München - eine tolerante weltoffene Stadt	30
9.2.	Inklusion in München	31
9.3.	Integration und Sicherheit für alle in München	32
9.4.	München – Weltstadt mit Herz für alle Menschen	32
9.5.	Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement fördern und würdigen	33
10.	Impulse für Kunst, Kultur, Sport und Freizeit setzen	33
10.1.	Mehr Raum für Kunst und Kultur	33
10.2.	Naherholung und Freizeitmöglichkeiten vor Ort optimieren	34
10.3.	Breitensport fördern	34
11.	Politik in der Stadt – bürgernah, transparent und unabhängig	34
11.1.	Transparente Stadtratsarbeit	34
11.2.	Bürger und Stadtteile stärken	35
11.3.	Politik online und barrierefrei	35
11.4.	Repräsentative und direkte Demokratie stärken	35
11.5.	Strukturell die eigene Verwaltung kontrollieren	36
12.	Euch gehört die Zukunft: Forderungen der Bewegung Fridays for Future	36
13.	Bilanz der ÖDP in München und Bayern	36
13.1.	ÖDP-Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“	36
13.2.	Bürgerbegehren „Radentscheid“ & „Altstadtradling“	36
13.3.	ÖDP-Bürgerbegehren „Raus-aus-der-Steinkohle“	37
13.4.	Bürgerbegehren gegen eine Dritte Startbahn	37
13.5.	Zahlreiche erfolgreiche Stadtratsanträge (Auszug 2013-2019)	37
13.6.	Auch auf Antrag der ÖDP in München durchgesetzt	37
13.7.	Unsere Erfolge auf Landesebene: mehr Gesetze als die SPD	37
14.	Bitte gehen Sie ÖDP wählen! Ihre Stimme zählt.	38

Kommunalwahlprogramm München 2020

1. Rettet das Klima!

Die Klimakrise ist real, erschreckend und inzwischen auch in München im Sommer bei 40° unmittelbar spürbar. Wir machen Politik für ein 100% klimaneutrales München und globale Klimagerechtigkeit.

Für uns hat Klimaschutz oberste Priorität!

Wir unterstützen die Ziele von Fridays for Future für München: Alle 32 konkreten Forderungen der Bewegung von Schülerinnen und Schülern finden sich in unserem Programm wieder.

Kinder, Jugendliche und die Zivilgesellschaft demonstrieren gegen die Untätigkeit der Politik; die ÖDP München ist hier aktiv und steht als einzige Partei in München seit 2014 für den maximal schnellen Kohleausstieg 2022. Er ist machbar und nötig, um den CO₂-Ausstoß von München entscheidend zu reduzieren.

Unser erfolgreiches ÖDP-Bürgerbegehren von 2017 zum Kohleausstieg hat klar bestätigt: Die Münchner Bürger sind sich ihrer Verantwortung bewusst und wollen schnellstmöglich den CO₂-Fußabdruck auf ein erträgliches Maß reduzieren. Wir stehen zum Stadtratsbeschluss von 1998: Von München soll kein (Klima-)Schaden ausgehen!

Das Münchner Klimaschutzprogramm 2019 und die Forderungen von Fridays For Future müssen daher umgesetzt werden. Die Münchner Bürgerinnen und Bürger wollen JETZT eine umfassende Klimawende – nur sofortige Maßnahmen bewahren die Chance, die natürlichen Lebensgrundlagen für uns, unsere Nachkommen und alle Lebewesen zu erhalten.

Wer, wenn nicht die ÖDP, kann in München die Klimakrise glaubhaft bekämpfen?

Unser Ziel: 100% Klimaneutralität für München bis 2035, Ausstieg aus Kohle und Atom.

Die ÖDP München fordert:

1.1. Energiewende: 100% CO₂- und atomfreie Energieversorgung

Das Münchner Kohlekraftwerk muss stillgelegt werden und die Beteiligung der Stadtwerke München an fossilen Brennstoffen und Kernenergie ist nicht nachhaltig. Divestment, Regeneratives Investment: So geht moderne Energieversorgung.

Stadtwerke München (SWM) nachhaltig modernisieren

- Die SWM verbleiben zu 100% im Eigentum der Landeshauptstadt München.
- Die SWM werden zum echten Ökostromanbieter umgebaut.
- Kompletter Ausstieg der SWM aus der Förderung von Öl und Gas in der Nordsee
- SWM „fossil free“: komplettes Divestment in allen Bereichen aus fossilen Energieträgern
- Bis zum Jahr 2021 beliefern die SWM alle Privathaushalte, bis zum Jahr 2025 auch das Gewerbe mit Ökostrom. Greenwashing mit REC-Zertifikaten ist nicht erlaubt.
- Die SWM wandeln sich von einem reinen Energieversorger zum Dienstleister mit festen Einsparzielen, die sich am 1,5-Grad-Ziel vom Weltklimagipfel in Paris 2015 orientieren.
- Die SWM intensivieren ihre Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Energieeinsparung.

- Die SWM bieten zeitaktuelle Strompreise für Endverbraucher an. Damit soll eine Verlagerung von den Hauptverbrauchszeiten in den Schwachlastbereich bewirkt und Verbrauchsspitzen reduziert werden.

Ausbau von Geothermie, Speicherung und Solar

- Beschleunigung des verschleppten Geothermie-Ausbaus
- 100% CO₂-freie Grundlast im Jahr 2030 durch Geothermie und Abwärmenutzung
- Förderung von Photovoltaik und Solarthermieanlagen auf allen Dächern Münchens
- Prüfung und Aufbau von Energiespeicherkapazitäten in der Stadt und im SWM-Portfolio
- Vollständige Umstellung auch bei Spitzenlast bis 2034
- Zügige komplette Umstellung der Fernwärmenetze von Dampf auf Heißwasser bis 2024
- Öffnung des Fernwärmenetzes der SWM für die Einspeisung von Abwärme – analog zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Strom – kostendeckend durch den Netzbetreiber vergütet
- Überprüfung der Aufstellung neuer Windkraftanlagen im Stadt- und Umlandgebiet. Ferner setzt sich die Stadt dafür ein, dass die 10-H-Regelung im Freistaat Bayern abgeschafft wird.
- Die Stadt überprüft in Pilotprojekten die Wirksamkeit neuer Energiegewinnungsmöglichkeiten wie etwa Kleinwindanlagen.

Klimaschutz zur Chefsache machen

- Klimaschutz ist Querschnittsaufgabe, deshalb: zentrale Verankerung des Klimaschutzmanagements im Direktorium der Stadt München
- Kontrolle aller Beschlüsse der Stadt auf ihre Klimawirksamkeit und Überprüfung dieser im Hinblick auf das Ziel der Klimaneutralität

Kohleverbrennung in München stoppen, Ausstieg aus der Kernenergie

- Beendigung der Kohleverbrennung im Heizkraftwerk München Nord 2022, wie im Bürgerentscheid vom November 2017 durch die Bürger beschlossen
- Die SWM sind mit 25% am Atomkraftwerk Isar II bei Landshut beteiligt. Einen nochmaligen Zukauf von Reststrommengen zur Laufzeitverlängerung in Ohu lehnen wir ab, das Kraftwerk ist so schnell wie möglich stillzulegen.
- Der Forschungsreaktor FRM II in Garching muss schnellstmöglich stillgelegt werden. Die Einleitung von radioaktivem Wasser in die Isar muss sofort enden.

1.2. Energieverbrauch deutlich reduzieren

Der Energieverbrauch muss in allen Lebensbereichen deutlich gesenkt werden: Strom, Verkehr, Ernährung, Beschaffung, Bauwesen u.v.m. tragen zur Klimakrise bei. In jedem dieser Bereiche gibt es großes Einsparpotential.

- **Wärme, Luft und Heizung effizient managen**
 - Bedarfsorientierte Wärmebereitstellung
 - Nutzung energetisch optimierter Heizungs- und Warmwassertechnik
 - Energetisch optimierte Gebäude-Be- und Entlüftung etwa durch Nutzung intelligenter Messtechnik
 - Beratung zur und Förderung der Energierückgewinnung bei Lüftungsanlagen
- **Energetisch optimiert Bauen**
 - Weniger graue Energie – energetische Sanierungen sind Neubauten vorzuziehen
 - Nachhaltige Rohstoffe sind beim Bau zu bevorzugen: Holzbau statt Betonbau

- Förderung von kompakten Bauformen
- Bis 2026 werden alle städtischen Gebäude energetisch saniert und auf Passivhausstandard oder ein ähnliches Niedrigstenergiehaus-Niveau gebracht. Die Stadt muss halbjährlich über die Fortschritte berichten.
- In alle neuen Bebauungspläne und Baugenehmigungen müssen Energiesparvorgaben sowie eine Kontrolle der Umsetzung aufgenommen werden. Weiterhin soll der ökologische Kriterienkatalog der Stadt durch den Passivhausstandard, wie durch die EU vorgegeben, verbessert werden.
- Öffentliche Beleuchtung und Verkehrsleuchtzeichen werden auf moderne energetisch optimierte und insektenfreundliche Lichttechnik umgerüstet.
- Ausbau von Solarenergie, Photovoltaik und Solarthermie
- Bauplanerische Berücksichtigung von Sonnenenergie bei allen Neubauten: Bauleitplanung und Bauplanungen sind an der natürlichen Sonneneinstrahlung zu orientieren, durch Gebäudeausrichtung (Südausrichtung) und etwa intelligente Kühlung (Verschattungstechnik).
- Verpflichtung zu Erhalt und Neupflanzung von Bäumen und anderen Pflanzen, die zur Kühlung beitragen.
- Anschluss an das Fernwärmenetz, wo immer räumlich möglich und energetisch sinnvoll
- Alle Neubauprojekte sind verpflichtend energetisch zu optimieren:
 - Verpflichtung zu mindestens Passivhausstandard, d.h. weniger als 30 kWh/Jahr/m²
 - Verpflichtung zur Nutzung von Photovoltaik und/oder Solarthermie auf neuen Dächern
 - Das Plusenergie-Niveau ist als Standard anzustreben
 - Bei der Errichtung von Stellplätzen/Garagen sind verpflichtend Lademöglichkeiten für Elektromobilität vorzusehen
 - Minimaler Energie- und Wasserverbrauch
 - Nutzung von Solarenergie und Abwärme
- Alle städtischen Genossenschaftsimmobilien sind mit Photovoltaik auszurüsten

1.3. Nachhaltige Investitionen und Divestment der LH München

Nachhaltigkeit zeigt sich nicht nur bei den Tätigkeiten der stadteigenen Gesellschaften, sondern auch bei getätigten und zukünftigen Investitionen, hier gilt es umzudenken.

- Das vom Münchner Stadtrat beschlossene Klimaschutzprogramm 2019 muss umgesetzt werden. Das Programm darf nicht weiter verschleppt werden.
- Die Stadt muss alle möglichen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ergreifen und diese den Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren.
- Die Stadt und ihre Gesellschaften nehmen alle Finanzanlagen und Beteiligungen an bzw. von Firmen, die in fossile oder nukleare Energien investieren, aus ihrem Anlageportfolio.
- Die Stadtparkasse München wird verpflichtet, sich im Rahmen ihrer Beteiligung an der Bayerischen Landesbank gegen die Finanzierung von neuen Atomkraftwerken zum Beispiel in Ungarn, Finnland und Tschechien einzusetzen.

2. Wohnen in München – lebenswert und bezahlbar

Das Bevölkerungswachstum, ausgelöst vor allem durch ständigen Zuzug aufgrund neuer Arbeitsplätze, führt zu einem sich immer weiter verschärfenden Wohnraummangel. Deshalb muss der Zuzug gebremst werden. Dafür ist der Bau neuer Gewerbeimmobilien und die damit verbundene Schaffung neuer Arbeitsplätze so weit wie möglich zu unterbinden. Gleichzeitig müssen viele neue Wohnungen entstehen.

Im Neubaubereich haben in den letzten Jahren vor allem genossenschaftliche Wohnanlagen durch eine hohe gestalterische und ökologische Qualität sowie eine soziale und funktionale Mischung überzeugt. Diese positiven Ansätze gilt es aufzugreifen und fortzuführen. Unsere Vision für die Stadt sieht vor, dass der Großteil neuer Wohnungen im Gebäudebestand entsteht und alle Grünflächen erhalten bleiben, denn schon jetzt ist München die am dichtesten besiedelte Millionenstadt Deutschlands mit dem geringsten Anteil an Grünflächen.

Damit die Stadt für alle Münchner Bürgerinnen und Bürger lebenswert ist, darf nicht jede freie Fläche bebaut werden. Die ÖDP fordert deshalb eine Wirtschaftspolitik, die München von weiterem Zuzug und Pendlerströmen entlastet.

2.1. Bezahlbar wohnen für alle

Bezahlbarer Wohnraum entsteht nicht durch einfache, singuläre Maßnahmen wie der Mietpreisbremse. Er ist Ergebnis einer umfassenden, nachhaltigen Stadtentwicklung und diese fordern wir ein.

Die ÖDP München fordert:

- Keine Ausweisung von neuen Gewerbegebieten, bis sich die Zahl der registrierten Wohnungssuchenden beim Wohnungsamt halbiert hat und die Mieten bei Neuvermietungen nicht mehr steigen
- Förderung der Entwicklung von urbanen Mischgebieten mit Kleingewerbe und Nahversorgung vor Ort
- Die Stadt revidiert ihre Vorgaben zum Verhältnis Wohnraum zu Grünfläche. Der alte Wert von 32 m² Grünfläche pro Bewohner muss wieder innerhalb und außerhalb des mittleren Rings gelten. (Aktuell sind es auf Stadtratsbeschluss 10 m² innerhalb und 20 m² außerhalb des Mittleren Rings.)
- Kein Verkauf von städtischem Grund, stattdessen ausschließlich Vergabe in Erbpacht an städtische Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften
- Städtische Übernahme von auslaufenden Erbpachten von Wohnbaugenossenschaften insbesondere wie aktuell in Neuhausen, Giesing, Haidhausen usw.
- Ausweitung der Erhaltungssatzungen
- Förderung von Wohnraumaustausch ohne konditionelle Verschlechterung insbesondere der älteren Generation
- Umwandlung von Industriebauten in Wohnraum
- Erhebung des tatsächlichen Mietspiegels mit allen aktuellen Bestandsmieten und auf der Berechnungsbasis von vier und nicht zwei Jahren
- Einführung eines Programms zur Förderung für soziale Vermietung und Vermieter; insbesondere für Mieter in sozialen Berufen und ortsansässige Geringverdiener
- Förderung von sozialen, örtlich verbundenen Vermietern, insbesondere im Hinblick auf Mieten unterhalb des derzeitigen Mietspiegels
- Förderung von umweltfreundlichen Investitionen von Bestandsvermietern

- Förderung von bestehenden und neuen Wohngenossenschaften
- Sanierung vor Neubau! Steigerung der Sanierungsrate auf mindestens 5% pro Jahr bis 2025
- Entschlossenes Vorgehen der Stadt gegen Umwandlungsspekulation und Zweckentfremdung

2.2. Wohnraum nachhaltig bauen statt maßloser Nachverdichtung

Wohnraum muss lebenswert, nachhaltig und langfristig energetisch optimiert gebaut und gut an öffentliches Leben und Nahversorgung angeschlossen sein. Ein Grund für die Wohnungsnot sind der Zuzug und auch die Tendenz zu mehr Wohnfläche pro Einwohner, oftmals bedingt durch die Verpflichtung zu Kfz-Stellplätzen pro Wohneinheit.

Durch genossenschaftliches Bauen, keine neuen Gewerbegebiete und die Verpflichtung von Unternehmen, Wohnraum zu schaffen, steuern wir hier gegen.

Wir fordern:

- Ausschreibungen von Grundstücken mit dem Anspruch Quartiersentwicklung, genossenschaftliches, ökologisches und CO₂-freies Bauen und Wohnen
- Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN) nicht nur für Wohnareale, sondern auch für Gewerbeareale
- Wohnungsbau als Auflage bei Genehmigung von Gewerbebauten
- Verpflichtung von Unternehmen, für Mitarbeiter Wohnraum zu schaffen, ohne Verknüpfung des Wohnraums mit etwaigen Beschäftigungsverhältnissen
- Fehlbelegungsabgabe auch für Gewerbebauten
- Alle Neubauprojekte sind verpflichtend ökologisch zu optimieren:
 - Baubiologisch optimierte Gestaltung
 - Durchgehende Grünzüge
 - Recyclebare Baustoffe zur Förderung von ressourcenschonenden Bauformen
- Priorisierung des Erhalts des von Baumbestandes, effektive harte Bestrafung illegaler Baumfällungen
- Verzicht auf Parkplätze zugunsten von Wohnraum und Grünflächen
- Alle Neubauprojekte in der Stadt sollen autofrei geplant werden. Vorbild ist hier das bereits vor 50 Jahren entstandene Olympiadorf
- Wo möglich, sollen autofreie zusammenhängende Gebiete ausgewiesen werden.
- Autofreiheit soweit möglich in Bestandsgebieten der Stadtviertel
- Gute Anbindung an den MVV
- Freihalten der Frischluftschneisen
- Freilegung und Renaturierung der Stadtbäche, soweit baulich eine Rückführung an die Oberfläche möglich ist
- Mehr Kleingärten und mehr Spielplätze
- Städteplanung bevorzugt mit Blockrandbebauung und familienfreundlichen Innenhöfen und einer nachbarschafts- und gemeinschaftsfördernden Struktur
- Zusammenlegung von getrennten Innenhöfen in zusammenhängenden Wohnensembles
- Keine neuen Stadtentwicklungsprojekte auf der grünen Wiese wie SEM und KOSMO
- Keine monolithischen langweiligen Hochhäuser und anonyme Schlafstädte ohne Nahversorgungsstruktur, Grünflächen und öffentliche Anbindung
- Einhaltung der 100m-Marke für Hochhäuser entsprechend dem Bürgerbegehren von 2004
- Förderung der Stadtteilzentren und des Erhalts mittelständischer Betriebe vor Ort
- Vereinfachung der Genehmigung von Verdichtung ohne weitere Versiegelung in Wohngebieten, wie etwa Aus- und Umbau von Dachgeschossen

- Umsetzung aller Forderungen des „Bürgerbegehrens für eine Lebenswertes München“
- Umsetzung aller Forderungen des „Bürgerbegehrens Grünflächen erhalten“

3. Grenzen des Wachstums erkennen – den Charme Münchens erhalten

3.1. Grünanlagen und Wohnraum statt neuer Gewerbeflächen

In den letzten beiden Jahrzehnten ist das Gleichgewicht zwischen neuen Arbeitsplätzen und Wohnungsbau, zwischen Bodenversiegelung und Grünflächenerhalt, zwischen Modernisierung und Bewahrung gestört. Das wollen wir umkehren.

In den letzten 20 Jahren blieb der Wohnungsbau deutlich hinter dem Büroflächenwachstum zurück, obwohl die Stadt in bald jedem Hinterhof ein Nachverdichtungsvorhaben genehmigt. Daher stieg die Zahl der Einpendler seit dem Jahr 2000 um ein Drittel auf aktuell 390.000 Menschen pro Tag. Sardinienbüchsenfeeling in öffentlichen Verkehrsmitteln und bald ganztägige Staus auf den Hauptverkehrsstraßen sind die Folge.

Es ist notwendig anzuerkennen, dass in einem endlichen Stadtgebiet kein unendliches Wachstum möglich ist.

Die ÖDP fordert deshalb:

- Ab sofort keine Ausweisung neuer Gewerbeflächen innerhalb der Stadtgrenzen Münchens,
 - bis es drei Jahre lang inflationsbereinigt keinen Anstieg der durchschnittlichen Mieten gibt und
 - bis die Zahl der registrierten Wohnungssuchenden beim Amt für Wohnen und Migration um 50% gesunken ist
- Soweit Bebauungspläne für den Außenbereich aufgestellt werden, ist die Nutzungsart auf Reine Wohngebiete und Allgemeine Wohngebiete zu beschränken
- Konzentration auf Mehrung von Wohnraum sowie die dafür benötigte soziale Infrastruktur wie Bildungseinrichtungen, Nahversorgung und kleine Handwerksbetriebe
- Rückkehr zum Mindestwert von 32 m² nutzbare öffentliche und private Grün- und Freifläche pro Einwohner (wie vor 2017)
- Keine weitere Beteiligung der Stadt an Immobilienmessen (z.B. ExpoReal), um internationale Unternehmen zur Ansiedlung in München zu bewegen
- Förderung der Verlagerung von nicht ortsgebundenen Büroarbeitsplätzen in strukturschwächere Regionen durch den Freistaat

3.2. Wider die gesichtslose Stadt – Denkmalschutz ernst nehmen

Stadtbild und Stadtkultur prägende Orte machen München lebens- und liebenswert. Der Wildwuchs unterschiedlichster Baustile in unmittelbarer Nachbarschaft, die Störung althergebrachter Sichtachsen, zugepflasterte oder geschotterte Vorgärten und abweisende hohe Zäune in vormals offen angelegten Wohngebieten müssen charakterbildender Architektur und städtebaulich denkmalpflegerischer Bauweise weichen.

In einer sich schnell wandelnden Großstadt sind alte geschichtsträchtige Gebäude wichtige Ankerpunkte für Heimatsgefühl und Geschichtsbewusstsein. Denkmalschutz ist für uns keine Alibi-aufgabe, sondern wir erkennen darin einen Schatz, den wir an die nächsten Generationen weitergeben möchten.

Wir fordern:

- Größeres Gewicht denkmalpflegerischer Belange bei der Bauleitplanung
- Konsequente Durchsetzung des Denkmalschutzes
- Bei der Aufnahme in die Denkmalliste ist neben der landesweiten Bedeutung verstärkt die lokale Bedeutung von Bauten für die Geschichte der einzelnen Stadtviertel zu berücksichtigen.
- Ausreichende Personalausstattung in Bauberatung, Baukontrolle und Bau-Bußgeldstelle
- Vorbildliche Pflege der denkmalgeschützten Gebäude im Eigentum der Stadt München
- Verstärkte kritische Auseinandersetzung mit den lokalen Denkmälern und der mit ihnen verbundenen Stadtteilgeschichte in den Bildungsinstitutionen der Stadt
- Konsequente Durchsetzung der Gestaltungs- und Begrünungssatzung sowie der Einfriedungssatzung
- Erlass von Gestaltungssatzungen zur Baugestaltung in sensiblen Bereichen
- Optimierung der Gestaltungs- und Begrünungssatzung zur Reduzierung von Bodenversiegelung und Schottergärten
- Intensivere Vorgaben und Förderungen zur Begrünung von Gebäuden und Einfriedungen
- Restriktive Handhabung von baurechtlichen Befreiungen
- Rekonstruktion als Option für zerstörte oder beschädigte Gebäude, wo dies aus Gründen des Stadtbildes sinnvoll ist

4. Nachhaltig und sozial wirtschaften – Mensch vor Profit

Die ÖDP München setzt sich für die Erhöhung der Lebensqualität für alle ein. Artikel 151 unserer bayerischen Verfassung lautet: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“

Münchens Wirtschaft boomt seit Jahren, es besteht Vollbeschäftigung, doch nicht alle haben davon Vorteile. Die einseitige Ausrichtung der Politik auf Wirtschaftswachstum stellt die Stadt vor gravierende Probleme. Die Verkehrsinfrastruktur ist überlastet, die Belastung von Luft und Wasser nimmt zu, der Druck auf die verbliebenen Grünflächen ist immens und Wohnraum wird für die Mehrheit zur unerschwinglichen Mangelware.

4.1. Arbeitsqualität, regionale und kleine Betriebe fördern

Ziel der Arbeitsmarktpolitik bleibt es, die Arbeitsplätze in München dauerhaft zu sichern; entscheidend für die ÖDP sind die Arbeitsbedingungen und die Qualität der Arbeitsplätze. Ziel ist ein möglichst hoher Anteil von unbefristeten, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

Wir fordern die Ausweitung der Existenzgründerprogramme und speziell Beratungsangebote für die Förderung von Existenzgründungen von Frauen.

Wir fordern deshalb:

- Förderung einer Mischstruktur aus kleinen und mittleren regionalen Betrieben
- Bevorzugung lokaler kleiner, mittlerer und regionaler Unternehmen bei der Vergabe von städtischen Aufträgen und Flächen
- Einleitung eines tiefgreifenden Strukturwandels in München durch gezielte Förderung von Betrieben mit umweltschonenden Produkten, Produktionsverfahren und Technologien
- Ausbau und Unterstützung der regionalen Wertschöpfungskette
- Förderung kürzerer Wegstrecken und Zeiten im Handwerk durch die (online) Vernetzung von Handwerkern und Betrieben in den Stadtteilen
- Keine Beschäftigung von Leiharbeitern und Kettenarbeitsverträgen bei der Landeshauptstadt und ihren Beteiligungsgesellschaften
- Keine Zulassung sonntäglicher Ladenöffnungen
- Stärkung der Jobcenter, um deren Hauptaufgabe – die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen – zu verbessern

4.2. Investition in städtische Infrastruktur und Leitungsnetze

Vernachlässigte Investitionen in Schulen, Kanalsystem und Internetanschlüsse sind nachzuholen, eine nicht ausreichend erforschte Technik wie 5G können wir nur vorbehaltlich wissenschaftlicher Überprüfung der Gefahren befürworten.

Wir fordern deshalb:

- Das sanierungsbedürftige Münchner Kanalsystem ist schnellstmöglich zu modernisieren, um die Wasserqualität der Isar zu heben
- Zügige Ausführung der verschleppten Umstellung des Fernwärmenetzes auf Heißwasser bis 2024
- Umsetzung des verschleppten Baus der Geothermieanlagen
- Ende der provisorischen Containerbauweise in Schulen und Bildungseinrichtungen; Festbauweise und vorzeitige Analyse des entsprechenden Bedarfs in allen Stadtvierteln und Einrichtungen.
- Glasfaserausbau in allen Stadtvierteln anstelle von 5G
- Einführung einer Verpflichtung von Mobilfunkanbietern zur TÜV-Überprüfung von Sendemasten
- Zulassung von neuen Techniken wie 5G nur bei wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Strahlungsbelastung und Information der Anwohner in der Nähe von Sendeeinrichtungen
- Überprüfung alternativer Techniken wie LiFi anstelle von 5G

4.3. Effiziente und nachhaltige städtische Einrichtungen

Ein lebenswertes München benötigt eine Stadtverwaltung und städtischen Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen, die qualitativ hochwertige Leistungen für die Münchner Bevölkerung erbringen und dabei Wirtschaftlichkeit und Effizienz berücksichtigen.

Die konsequente und rasche Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben und Stadtratsbeschlüssen ist eine Basis für die hohe Lebensqualität in München. Die städtischen Beschäftigten brauchen hierfür ideale Arbeitsbedingungen, gute Personalstruktur und garantierte sichere Arbeitsplätze.

Das Fundament einer gut funktionierenden Stadtverwaltung ist transparentes Verwaltungshandeln ohne Interessenkonflikte. Deshalb sind die Tätigkeiten der Stadtverwaltung als Genehmigungsbehörde von denen als Überwachungsbehörde strikt zu trennen und dürfen keinesfalls innerhalb eines Referates angesiedelt sein.

Die Münchner ÖDP fordert deshalb:

- Keine Privatisierung
 - von Krankenhäusern
 - der Trinkwasserversorgung
 - von stadteigenen Betrieben und Unternehmen (etwa Stadtparkasse, Stadtwerke, Verkehrsbetriebe, Abfallwirtschaftsbetriebe)
- Die Landeshauptstadt München erstellt für sich und für alle städtischen Betriebe und Beteiligungsunternehmen jährlich eine Gemeinwohlbilanz.
- Schrittweise Umrüstung von AWM und stadteigenen Betrieben auf Elektromobilität
- Nachhaltigkeitskriterien erhalten Priorität bei der öffentlichen Beschaffung.
- Trennung von konfliktträchtigen Zuständigkeiten im selben Haus. Es fehlt die objektive Prüfung und Kontrolle, wenn wie derzeit im Planungsreferat neue Stadtviertel geplant und im selben Referat durch die Untere Naturschutzbehörde genehmigt werden.
- Ausbau der digitalen Strukturen des Kreisverwaltungsreferats (KVR) um Wartezeiten weiter zu reduzieren
- Vereinfachung und Digitalisierung diverser Handlungsakte des KVR für die Bürger
- Vorbildhafte Ausbildung von Arbeitskräften durch die Stadtverwaltung
- Die Stadt muss mit flexiblen Arbeitszeitmodellen auf die Bedürfnisse der Beschäftigten, insbesondere bei Familien, eingehen. Eine weitere Erhöhung der Teilzeitarbeitsquote, auch in Führungspositionen, ist daher anzustreben.
- Schnelle Nachbesetzung von frei gewordenen, als notwendig anerkannten Planstellen
- Vorhalten einer ausreichenden Zahl von „Springern“ um das bestehende Personal der Stadt bei Ausfällen und Erkrankungen zu entlasten
- Die Genehmigungs- und Überwachungsbehörden wie die Gewerbeaufsicht, die Lokalbaukommission und die Untere Naturschutzbehörde werden im Referat für Umwelt und Gesundheit und im Kreisverwaltungsreferat gebündelt und personell aufgestockt.
- Für die Betreuung der städtischen Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften sowie für Stadtplanung sind unterschiedliche Referate zuständig.

4.4. Nachhaltig haushalten mit städtischen Geldern

Die Verschuldung der Stadt München konnte in den vergangenen Jahren deutlich abgebaut werden. München ist damit europaweit unter Großstädten eine lobenswerte Ausnahme.

Dieser Konsolidierungsprozess ist in den kommenden Jahren unbedingt fortzusetzen, da sich auch München längerfristig auf eine Postwachstumsökonomie einstellen muss, die Schuldenfähigkeit also eher abnehmen wird.

Allerdings wurden die Einsparungen in der Vergangenheit überwiegend zu Lasten der Investitionen vorgenommen. Dieser Kurs darf auf keinen Fall fortgeführt werden. Auch dürfen Einsparungen nicht auf Kosten der Standards von Umweltschutz, Tierschutz, Bildung, Erziehung oder Gesundheit gehen.

Die Abhängigkeit der Gemeinden von der Gewerbesteuer muss sinken. Nur dann sind sie nicht mehr dazu verleitet, ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl Industrie- und Gewerbeansiedlungen zu fördern.

Wir fordern deshalb:

- Die Haushaltsführung ist so zu gestalten, dass Schulden konsequent abgebaut werden können und zukünftige Generationen nicht belastet werden.
- Faire Löhne: Deckelung der Löhne von Führungspersonal in kommunalen Einrichtungen, städtischen Unternehmen und städtischen Beteiligungen auf maximal das OB-Gehalt
- Investitionskredite für notwendige langfristige Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen betrachten wir als zulässig, insoweit ein mittelfristiger Abbau gewährleistet ist.
- Notwendige Investitionen müssen vor allem für Schulen, Krankenhäuser, und weitere Infrastruktur der Daseinsvorsorge getätigt werden.
- Wir sind für Investitionen, die für eine schnellstmögliche Klimaneutralität benötigt werden und solche, die die Münchner Industrie- und Gewerbebetriebe beim Übergang zu ökologisch und sozial nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen unterstützen und fördern.
- Wir sind für Investitionen in die Umsetzung der dringend notwendigen Verkehrswende in München.
- Wir sind für den Abbau von Subventionen und Förderungen, die klima-, ökologisch oder sozial schädliche Auswirkungen haben.
- Verstärkte Prüfung städtischer Ausgaben auf ihre Notwendigkeit; Prämierung aller eingereichten Verbesserungsvorschläge
- Faire finanzielle Beteiligung des Münchner Umlands an Leistungen, die auch von Bürgern aus der Region in Anspruch genommen werden, wie MVV, Krankenhäuser und Kultureinrichtungen
- Prüfung von Gebühren, Abgaben und städtischen Steuern, wie etwa einer Übernachtungsabgabe, zur Erhöhung der städtischen Einnahmen
- Forderung an den Gesetzgeber nach einer erweiterten kommunalen Kompetenz zur Steuererhebung

5. Verkehr nachhaltig gestalten

Wir brauchen die Verkehrswende, um den Schadstoffausstoß zu reduzieren und München lebenswert zu erhalten. Unser Engagement bei den beiden von der ÖDP mit initiierten Radl-Bürgerbegehren hat große Unterstützung durch die Münchnerinnen und Münchner erfahren. Durch diese erfolgreichsten Bürgerbegehren in München sehen wir uns in unserem verkehrspolitischen Kurs bestärkt und werden auch die Durchsetzung des Bürgerwillens beharrlich verfolgen.

Die ÖDP verfolgt eine klare Linie: Motorisierter Individualverkehr soll so weit wie möglich vermieden, unvermeidbarer Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagert und der übrige Verkehr umweltverträglicher, gesünder und leiser gestaltet werden.

Immer noch wird in München mehr Geld für motorisierten Individualverkehr als für Schienen und Radwege ausgegeben. Die ÖDP fordert dagegen die dringend notwendigen Lückenschlüsse und Engpässe im S-Bahn-, U-Bahn- und Tram-Netz zu priorisieren und kostspielige Prestige-Projekte wie den zweiten Stammstreckentunnel und Autobahnanschlüsse zu unterlassen bzw. einzustellen.

5.1. Verkehr leiser, sauberer und weniger

Mehr Einsatz für Luftreinhaltung: Die Grenzwerte für Luftschadstoffe werden nach wie vor massiv überschritten und stellen eine Gesundheitsgefahr dar. Die Fristen der EU zur Luftreinhaltung werden bisher weitgehend ignoriert.

Weniger Lärm: Nur bei 0,7% der 600 untersuchten Gebiete konnte sich die Stadtratsmehrheit zu Lärmschutzmaßnahmen durchringen. Das muss geändert werden.

Weniger motorisierter Verkehr: Etwa 40% des motorisierten Individualverkehrs wird durch Pendler verursacht. Arbeitsplatz und Wohnort müssen wieder näher zusammenrücken. Dazu ist die Entspannung des Wohnungsmarktes Voraussetzung. Pendler brauchen attraktive wohnortnahe Möglichkeiten, um auf den ÖPNV umzusteigen.

Einkaufsverkehr muss vermieden werden, indem die Stadtteilzentren gestärkt werden; Großmärkte abseits der Siedlungsschwerpunkte dürfen nicht mehr genehmigt werden. Die entstandenen Einkaufszentren wie in Riem und Pasing sind zu ergänzen um kleine dezentrale Nahversorgungsmöglichkeiten, die zu Fuß und mit dem Fahrrad erreichbar sind. Denn sichere Fuß- und Radwege führen zu weniger Autoverkehr.

5.2. Sicher unterwegs zu Fuß

Das „Stadterlebnis“ und die Lebensqualität in München hängen davon ab, wie man sich als Fußgänger in der Stadt bewegen kann. Dies gilt für alle Menschen, ganz besonders für Kinder, Jugendliche, Familien und ältere Menschen.

Die ÖDP fordert deshalb:

- Verkehrsberuhigte Innenstadt: Fußgängerzone innerhalb des Altstadtrings ab 2020
- Für Kinder sichere Schulwege
- „Bus mit Füßen“ für alle Grundschul Kinder
- Ausreichend Raum für Fußgänger
- Die Schaffung von kurzen und sicheren Wegeverbindungen
- Eine ansprechende Gestaltung von Fußwegen und deren Umgebung
- Eine Wegeführung, die den Einfluss von Abgasen, Lärm und Witterung minimiert
- Fußgänger Routen zur Verknüpfung von Grünanlagen
- Schaffung von Plätzen, die zum Verweilen einladen
- Begrünte Fußgängerzonen in allen Stadtteilzentren
- Bei Kreuzungen mit großem Fußgängeraufkommen Ampelschaltungen stärker am Bedarf von Fußgängern ausrichten

5.3. Freie Fahrt fürs Rad

Das Fahrrad ist ein emissions- und lärmfreies, soziales, schnelles, gesundes und effizientes Fortbewegungsmittel. Radfahren muss in München sicher werden, erst dann wird das Rad für jeden alltagstauglich.

Die ÖDP fordert deshalb:

- **Massiver Ausbau der Radinfrastruktur und sofortige Umsetzung der beiden Radentscheide**
 - Ein durchgängiges, sicheres und breites Radwegenetz durch München in allen Stadtteilen
 - Umgehende Umsetzung der beiden Bürgerbegehren „Altstadtradring“ und „Radentscheid“
 - Ausreichend breite Radwege, die unterschiedliche Geschwindigkeiten zulassen
 - Prüfung eines wetterabhängigen Verkehrsleitsystems: Bei gutem Wetter Umwidmung von Autospuren in exklusive Fahrradstraßen
 - Massiver Ausbau von Fahrrad-Stellplätzen am Hauptbahnhof und allen wichtigen Verkehrsknotenpunkten, Nahversorgungseinrichtungen und in innerstädtischen Wohngebieten.
 - Fahrrad-Abstellsysteme mit Diebstahlsicherung und Überdachung sind zu bevorzugen.
 - Erweiterung der Abstellmöglichkeiten, auch auf jetzigen Kfz-Parkplätzen
 - Verpflichtung zu Radabstellanlagen bei Neubauten
 - Bessere Integration von ÖPNV und Radverkehr
 - Ausbau des MVG-Bikesharing Angebots und Lückenschluss in den Stadtrandgebieten
 - Ausweitung der free-float Rückgabe auf das gesamte Stadtgebiet
 - Verdoppelung der Anzahl der Räder auf 7.000, inklusive Trikes und Lastenräder

- **Deutliche Verbesserung der Radwege-Sicherheit**
 - Sichere Schulwege für ALLE Kinder
 - Fahrradfreundliche Straßenplanung und Ampelschaltungen
 - Kreuzungsgestaltung für Radverkehr optimieren
 - Bessere Beschilderung von Fahrradwegen
 - Fahrradwege müssen einheitlich farbig markiert werden, am besten in Orange :)
 - Umbau und Ausbau aller Fahrradstraßen in echte Fahrradstraßen ohne motorisierten Verkehr
 - Sichere Verkehrsführung auch für Kreuzungen mit Fußgängern
 - Priorisierung von Radwegen beim Winterdienst

5.4. Mehr Sharing und weniger Autos

In München wird der Raum des stehenden Verkehrs für Fußgänger, Radfahrer und neue, ökologisch nachhaltige Verkehrskonzepte benötigt. Sharing-Angebote reduzieren den CO₂-Ausstoß sowohl bei Herstellung als auch Verwendung. Elektro-Roller leisten keinen Beitrag zur Reduzierung der Emissionen. Nach den ersten Erfahrungen 2019 sehen wir zudem die Verkehrssicherheit bei E-Rollern kritisch. Sie haben eine miserable Sicherheits- und Ökobilanz. Bike-Sharing hingegen ist ein umweltfreundliches, gesundes Erfolgsmodell und eine sinnvolle Ergänzung zum MVV.

Die ÖDP fordert deshalb:

- Ausbau der MVG-Bike-Sharing-Angebote auch in die Stadtrandgebiete als MVV-Ergänzung
- Mobilitätsstationen in allen Stadtvierteln
- Car-Sharing-Angebote auch in Stadtrandgebieten
- Umwidmung von Parkplätzen nur für Carsharing-Autos, sofern die Betreiber hierfür ein Entgelt entrichten.

- Verpflichtung der Betreiber von E-Rollern zu nachhaltigen Geschäftskonzepten für die kommerzielle Zulassung
- Für die Betreiber kostenpflichtige Entfernung von E-Roller-Chaos durch die Stadt
- Einschränkung beim Parken von E-Rollern auf Fußwegen
- Die Stadt setzt sich für eine Helmpflicht bei motorbetriebener Fortbewegung ein.

5.5. Öffentlichen Nahverkehr zügig ausbauen

Das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln muss massiv verbessert werden, nur so kann der Umstieg vom Auto auf die Öffentlichen funktionieren.

Ziel ist eine Aufteilung von 80:20 (modaler Split) zwischen öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV) und motorisiertem Individualverkehr (MIV) bis 2025 wie durch den Druck des Bürgerbegehrens „Sauba sog I“ vom Stadtrat beschlossen.

Die ÖDP fordert einen attraktiven MVV und Regionalverkehr:

- 100% Elektrifizierung des ÖPNV
- 100% behindertengerechter Ausbau aller öffentlichen Verkehrsmittel
- Verbesserte Fahrpläne, Anschlüsse und Kapazitäten:
 - Mindestens 10-Minuten-Takt auf allen S-Bahn-Linien, auch am Abend und am Wochenende
 - 5-Minuten-Takt bei den Tramlinien
 - Ausbau des Nachtliniennetzes
 - Die Betriebsstabilität ist für die Taktverdichtung zu erhöhen.
 - Verbesserte Umsteigemöglichkeiten und Querverbindungen
 - Durchgehender Einsatz von Langzügen auf S-Bahnstrecken, v.a. auf den Linien, die nicht die gesamte Stammstrecke befahren und daher keine Ausweichmöglichkeiten für die Passagiere bieten
- Ausbau des Regionalverkehrs für Pendler und Wochenendausflügler
 - Bessere Taktung der Regionalzüge für die Umlandpendler
 - Intensivierte Fahrradangebote für Wochenendausflügler
 - Errichtung des Umsteigehaltes Menterschwaige, um das Umsteigen von BOB bzw. Meridian zur Grünwalder Straßenbahn zu ermöglichen.
 - Errichtung eines Regionalbahnhofs München Süd / Poccistraße und Kolumbusplatz
- S-Bahn-Ausbau bis 2030
 - Ausbau des S-Bahn-Südrings für Personennahverkehr
 - Ausbau des S-Bahn-Nödrings für Personennahverkehr
 - Nutzung der S-Bahn-Ringschlüsse auch für Regionalverbindungen
 - Kostengünstiger vierspuriger Ausbau der Strecke Daglfing-Johanneskirchen
 - Doppelspuriger Ausbau aller S-Bahn Linien für Taktverdichtung und Betriebsstabilität
- U-Bahn-Ausbau
 - Ausbau der U1 zur Fasanerie
 - Ausbau der U2 nach Heimstetten und Kirchheim
 - Ausbau der U3 nach Untermenzing
 - Ausbau der U4 nach Engelschalking
 - Realisierung der U5 nach Pasing, weiterer Ausbau nach Freiham und Germering
 - Ausbau der U5 nach Ottobrunn und Taufkirchen
 - Ausbau der U6 nach Planegg und Neufahrn/Garching
 - Neubau der U9 zwischen Theresienstraße und Poccistraße

- Neubau der U26 zwischen Kieferngarten (U6) und Am Hart (U2)
- Trambahn-Ausbau
 - Linie 12: Realisierung der verschleppten Westtangente vom Romanplatz zur Machtlfinger Straße
 - Linie 17: Ausbau von der Amalienburgstraße zur Blütenburg
 - Linie 17: Ausbau Abzweigung bis zum S-Bahnhof Johanneskirchen
 - Linie 18: Verlängerung zur Blumenau
 - Linie 19: Ausbau von Berg-am-Laim Richtung Dagfing
 - Linie 21: Verlängerung von der St. Veit- Straße in die Gartenstadt Trudering, Prüfung eines Ausbaus bis Haar
 - Linie 23: Verlängerung der Linie durch den Euroindustriepark bis zur Bayernkaserne
 - Linie 23: Lückenschluss zwischen Kurfürstenplatz und Münchner Freiheit
 - Linie 23: Von der Münchner Freiheit durch den Englischen Garten baumschonend, nicht zu Lasten des Fahrradverkehrs und mit Akkubetrieb realisieren
 - Linie 27: Verlängerung durch die Schleißheimer Straße vom Petuelring zur Dülferstraße (U2)
 - Prüfung des weiteren Ausbaus aller Tramlinien auf allen Haupt-Einfallstraßen
- Buslinien-Ausbau
 - Lücken im Busnetz in den Außenbezirken sollen schnellstmöglich geschlossen werden. Bei geringer Auslastung sollen kleinere Busse, Linien- und Ruf-Taxis eingesetzt werden.
 - Einrichtung einer Ringbuslinie entlang des Mittleren Rings mit eigener Fahrspur in den Hauptverkehrszeiten und kurzem Takt
- Ausbau fehlender Querverbindungen und Anschlüsse
 - Anbindung der Messe an den Flughafen mittels Seilbahn zur S-Bahn Englschalking
 - Prüfung eines Anschlusses umliegender Gemeinden, die nicht von S-Bahnen erschlossen sind
- Beschleunigung aller Tram- und Buslinien durch entsprechende Ampelschaltungen und separate Trassenführung (z.B. Busspuren)
- Tarifsystem und Fahrkarten
 - Änderung der Finanzierung des MVV durch den Gesetzgeber, um ein kostenloses Angebot zu ermöglichen
 - Sofortige Vereinfachung des Tarifsystems
 - Solange der ÖPNV nicht kostenlos ist: Ausweitung der Gültigkeit von Tagestickets und Zeitkarten auf MVG-Bikes
 - Obligatorische Kombitickets für alle Großveranstaltungen sowie städtische Einrichtungen wie Messe, Tierpark, Bäder, Museen und Stadien
 - Beibehaltung des Semestertickets für Studierende
 - Ausweitung des Semestertickets für Azubis

5.6. Autoverkehr umweltverträglicher gestalten

Aufgabe der Stadtpolitik muss es sein, den Anteil des Kfz-Verkehrs sukzessive zu senken. Die Verkehrsinfrastruktur muss so umgebaut werden, dass alle vermeidbaren Autofahrten unterbleiben und zunehmend mehr Haushalte auf ein eigenes Auto verzichten können.

Die ÖDP fordert in München deshalb:

- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit; Ausnahmen nur auf Hauptverkehrsstraßen
- Einführung einer City-Maut wie in vielen anderen europäischen Städten, die ein MVV-Tagesticket oder eine Zeitkarte beinhaltet, solange der ÖPNV nicht kostenlos ist
- Autoarme und mittelfristig autofreie Innenstadt: Ab 2025 dürfen nur noch Berechtigte mit Erlaubnis in den Mittleren Ring einfahren, zum Beispiel Anwohner, Handwerker und Einsatzfahrzeuge.
- Nachtfahrverbot für Lastwagen
- Einfahrverbot von fossil betriebenen Fahrzeugen im gesamten Stadtgebiet ab 2025; Ausnahme: Berechtigte mit Erlaubnis
- Schaffung zusätzlicher Park & Ride-Möglichkeiten, besonders an S-Bahn- und Regionalzug-Haltestellen für Pendler
- Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf alle Stadtteile innerhalb des Mittleren Rings sowie auf Stadtteile, die durch Sportveranstaltungen, Messen und Pendler unter viel Parkverkehr leiden
- Stadtweite deutliche Erhöhung der Parkgebühr pro Stunde
- Neuausrichtung der Stellplatzsatzung: Zukünftiges Ziel ist es, dass weniger Parkplätze gebaut werden. Wer Parkplätze baut, muss hierfür einen Ausgleich zahlen.
- Güterverkehr ist von der Straße auf die Schiene zu verlagern
- Vermehrtes Pflanzen von Bäumen und Hecken entlang von Hauptstraßen, um die Schadstoff- und Lärmbelastigung für die Anwohner zu reduzieren, die Luftqualität zu verbessern und die Stadt zu kühlen
- Mindestens ein autofreier Sonntag im Monat auf der Leopold- und Ludwigstraße
- Mindestens zwei autofreie Sonntage pro Jahr im gesamten Stadtgebiet

5.7. Flugverkehr auf das Nötigste reduzieren

Fliegen ist die klimaschädlichste Fortbewegungsart, daher muss diese auf das notwendigste reduziert werden.

Die Stadt setzt sich im Rahmen ihrer Beteiligung am Flughafen München ein für:

- Das Bürgerbegehren gegen die Dritte Startbahn (2012) bleibt weiter gültig
- Es findet kein weiterer Ausbau des Flughafens München statt
- Keine Zulassung von Inlands- und Kurzstreckenflügen ab und nach München
- Start- und Landegebühren sind auf mindestens die Umweltkosten der Flüge (derzeit ca. 180 Euro pro Tonne CO₂) anzuheben.
- Anbindung des Flughafens an das ICE-Netz
- Verpflichtendes MVV-Ticket für jedes Flugticket ab Flughafen München
- Reduktion der Parkmöglichkeiten am Flughafen
- Keine Subventionierung des Flughafens durch die Stadt als Anteilseigner und günstiger Kreditgeber
- Bevorzugung von Flügen ohne First Class und Business Class, um durch eine erhöhte Auslastung die Anzahl an Verbindungen zu reduzieren
- Bereitstellung von Infrastruktur für die Nutzung alternativer umweltfreundlicher(er) Treibstoffe
- Bevorzugung von Flugbewegungen mit alternativen umweltfreundlich(er)en Antrieben und effizienten Flugzeugtypen bei der Gebührensatzung

- Prüfung der Bevorzugung hocheffizienter Flugzeugantriebe und des Verbrauchs pro Person z.B. via gestaffelter Start-/Landegebühren nach Emissionen je Personenkilometer

6. Respektvoller Umgang mit der Natur

Wir betrachten es als Pflicht, Umwelt und Natur in all ihren Funktionen zu erhalten. Wer die Natur schützt, schützt nicht nur Pflanzen und Tiere, sondern auch die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen. Unser Beitrag dazu 2019: „Rettet die Bienen“ – das erfolgreichste Volksbegehren in der Geschichte Bayerns.

6.1. Rettet die Bienen! – ÖDP-Volksbegehren Artenvielfalt sofort umsetzen!

Die ÖDP hat das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ initiiert und geschrieben. Unsere wegweisenden Forderungen für mehr Artenschutz wurden das erfolgreichste Volksbegehren in der deutschen Geschichte.

Bereits 78% aller Insekten, Reptilien, Amphibien, Fische und Vögel in Bayern sind bedroht. Die Hauptgründe sind die Zerstörung ihrer Lebensräume sowie der exzessive Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden.

Wir fordern deshalb:

- Die gesetzlichen Vorgaben und Impulse des Volksbegehrens Artenvielfalt und Naturschönheit „Rettet die Bienen“ sind sofort in München und seinen Liegenschaften und Grünflächen umzusetzen.

Dazu gehört:

- Wiesen, die nicht durch Freizeitsport genutzt werden, blühen zu lassen, anstatt sie abzumähen
- Biotope entlang von Wasserläufen, Bahnflächen und Grünanlagen zu vernetzen
- Einführung insektenfreundlicher Beleuchtungen
- Alle städtischen Güter biologisch zu bewirtschaften
- Artenschutz und Artenvielfalt in Erziehung und Bildung zu vermitteln, auch an höheren Schulen etwa für Architektur
- Städtische Bauten müssen gegen Vogelschlag gesichert werden (etwa durch Omiluxgläser oder Vogelattrappen-Aufkleber an großen Fenstern und Glasfronten)
- Flächendeckende Kartierung von Gebäudebrütervorkommen, hierzu Benennung eines eigenen Beauftragten in der Unteren Naturschutzbehörde, der auch Fledermausquartiere in hohlen Bäumen betreut.
- Klimaneutrale Verwaltung bis 2030
- Artenschutzkonzepte und -verträglichkeitsprüfungen bei sämtlichen Bauvorhaben verpflichtend einzuführen
- Entsiegelung und keine weitere Versiegelung von Böden, damit deutlich über 50% der Stadtläche zur Sicherung und Verbesserung des Kleinklimas zur Verfügung stehen.
- Keine Bebauung von bestehenden Grünanlagen und Landschaftsschutzgebieten
- Erhalt aller Wälder in städtischem Eigentum
- Renaturierung von Wasserläufen

- Kostenlose Beratung für Stadtgärten zur Förderung einheimischer Pflanzen und Arten
- Auf städtischen Flächen sollen vornehmlich alte, bedrohte Sorten kultiviert werden, die auch den zukünftigen Bedingungen Stand halten.
- Umweltverträglichkeitsprüfungen und Prüfungen auf FFH-Verträglichkeit (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinien) sind grundsätzlich durchzuführen.
- Grünflächen möglichst naturnah gestalten
- Förderung der Pflanzung von Obstbäumen und Sträuchern
- Deutlich mehr Bäume in der Stadt
- Verbot von Laubbläsern zur Straßen- und Grünanlagenpflege
- Rückkehr zu Reisisigbesen bei der Straßenreinigung
- Die Beschneidung von Bäumen und Sträuchern ist auf ein ökologisch sinnvolles Maß zu reduzieren, insbesondere um die Rückzugsmöglichkeiten für Tiere zu verbessern.
- Totholz soll, wo keine Sicherheitsrisiken bestehen, belassen werden.
- Die Begrünung von Fassaden und Dächern und die Bepflanzung von Innenhöfen muss stärker vorangetrieben werden; Ausbau der Beratung hierzu.
- Wichtige Wanderachsen wie Bahnkörper und Gewässer sind unbedingt zu erhalten.

6.2. Gewässer schützen und Stadtbäche renaturieren und freilegen

Wir brauchen sauberes Wasser und saubere Gewässer, Flüsse und Seen für den Erhalt der Artenvielfalt und auch die Naherholung.

- Die Isar und die historischen natürlichen Gewässer in München sind zu renaturieren und für Lebewesen durchgängig zu gestalten. Neue Querbauwerke und Kraftwerke werden nicht mehr gebaut.
- Isar und Würm müssen sauber werden! Die Ziele und Maßnahmen der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie zur Herstellung eines guten Zustandes von Oberflächen- und Grundwasser sind in der Stadtentwicklung zu berücksichtigen und umzusetzen.
- Isar und Würm sollen wieder Badewasserqualität erlangen. Einleitung von Abwasser ist soweit als möglich zu unterbinden.
- Das sanierungsbedürftige Münchner Kanalsystem ist schnellstmöglich zu modernisieren.
- Neubaugebiete dürfen nur noch im Trennsystem von Regenwasser- und Abwasser entwässert werden.
- Niederschlagswasser von Dach- und Verkehrsflächen muss konsequent versickert werden.
- Bei stehenden Gewässern soll die Wasserqualität verbessert werden. Fütterungsverbote von Enten und Gänsen müssen daher streng kontrolliert und durchgesetzt werden, damit in Zukunft auch im Lerchenauer See und im Olympiasee bedenkenlos gebadet werden kann.
- Freilegung und Renaturierung der Stadtbäche, soweit baulich eine Rückführung an die Oberfläche möglich ist

6.3. Respekt vor Tieren

Tiere haben Rechte. Echter Tierschutz muss Standard werden. Wir fordern die Umsetzung unseres Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ für die Artenvielfalt. Über die unser Volksbegehren hinaus müssen höchste Standards für Wild-, Nutz- und Haustiere in München gelten.

Wir fordern:

- Die Stadt darf den Aus- und Neubau von Forschungszentren mit Tierversuchen nicht unterstützen.
- Keine Genehmigung von Massentierhaltungen auf städtischem Grund
- Schaffung einer Stelle einer/eines städtischen Tierschutzbeauftragten
- Vermittlung von Ansprechpartnern zur Aufdeckung und Verhinderung von Tierquälerei
- Die Tierheime in München sind mit ausreichenden Mitteln auszustatten, die Übergabe von Tieren an neue private Halter ist zu fördern. Eine Altersdiskriminierung bei der Abgabe von Tieren an Privatpersonen lehnen wir ab.
- Einhaltung höchster Tierschutzstandards auf allen landwirtschaftlichen Gütern der Stadt
- Bessere Kontrolle der artgemäßen Haltung von Haustieren
- Ein funktionierendes Hundekonzept mit ausreichend Abfalleimern, umweltfreundlichen Mülltüten, Tränken und Spielflächen
- Weitere Förderung des Erwerbs von Hunde-Führerscheinen für eine artgemäße Tierhaltung
- Begrenzung der Katzenpopulationen insbesondere wilder Katzen in der Stadt mittels Katzenschutzverordnung zur Kastration und Kennzeichnung
- Tierschutzgerechte Populationskontrolle für Stadttauben durch betreute Taubenschläge nach dem Augsburger Modell
- Verbot des Verkaufs von Haustieren an Minderjährige
- Der Tierpark Hellabrunn muss finanziell so ausgestattet werden, dass eine tiergerechte Haltung möglich ist.
- Städtische Wildtierrettung mit anschließender Wiederauswilderung
- Aufnahme von Tierschutz und den Bedingungen von Fleischproduktion sowie den Klimaeffekten von Fleischkonsum in Bildung und Unterricht
- Stadtweite Reduktion des Fleischverbrauch in städtischen Organisationen und Unternehmen, z.B. in Kantinen, Festen und Empfängen
- Einsatz ausschließlich artgerecht produzierter tierischer Lebensmittel und Angebote von vegetarischen und veganen Gerichten in allen Mensen und Kantinen der Stadt

6.4. Land, Forst und Sortenvielfalt bewahren, Eigenanbau fördern

Land- und forstwirtschaftliche Flächen sind von unschätzbarem Wert für die Naherholung, den Naturschutz und die umweltfreundliche Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen.

Wir fordern 100% biologische und nachhaltige Landwirtschaft und Beschaffung bei städtischen Gütern.

Wir fordern deshalb:

- Land- und forstwirtschaftliche Flächen der Stadt München und ihrer Gesellschaften dürfen nicht veräußert werden. Rodungen z.B. für Bauvorhaben oder Kiesgewinnung sind unzulässig
- Die städtischen Güter werden vollständig auf Ökolandbau umgestellt. Sollte dies zum Beispiel aufgrund von Altlasten nicht möglich sein, so sind die Flächen aufzuforsten oder mit mehrjährigen Energiepflanzen zu bestellen.
- Die Haltung von alten, bedrohten Tierrassen ist zu fördern.
- Die Kultivierung von seltenen und alten Pflanzensorten ist zu fördern.
- Die städtischen Forste sowie die Wälder der städtischen Gesellschaften werden weiterhin kommunal bewirtschaftet.
- Bei Flächenverpachtungen werden Familienbetriebe und Biolandwirte bevorzugt.
- Förderung von Gemeinschaftsgärten und nicht kommerziellen Kleingärten

- Förderung von Tauschangeboten für altes Saatgut, samenfeste Sorten etc. in den Stadtteilen
- Förderung und Ausbau des Angebots an Krautgärten in den Stadtteilen

6.5. Abfall vermeiden und die Umwelt sauber halten

Ressourcen sparen und Müll vermeiden sind oberstes Gebot für ein regeneratives München. Wir brauchen deshalb eine ökonomische, vor allem aber konsequent ökologische Abfallwirtschaft.

Die ÖDP München fordert:

- Beschaffung und Verwendung von 100% Recyclingprodukten und wiederverwendbaren Materialien bei der Stadtverwaltung, den städtischen Einrichtungen, stadteigenen Unternehmen und Partnern
- Wiederaufbereitung von möglichst viel Abfall so ortsnah wie möglich - Ziel 100 % zirkuläre Wirtschaft
- Reduktion von nicht abbaubarem Einwegplastik im städtischen Verantwortungsbereich auf 0% bis 2025, Ersatz durch nachhaltige, abbaubare Stoffe
- Ein bürgerfreundliches Sammelsystem, um die Recyclingquote bis 2030 auf 95% zu erhöhen
- Einführung eines IDENT-System so dass nur tatsächlich notwendige Leerungen bezahlt werden.
- Pfandpflicht auf alle Einwegverpackungen und Wegwerfprodukte, wo immer durchsetzbar
- Transparente Darstellung der Verwertung der Haushaltsabfälle, um die Münchner zur Abfalltrennung zu motivieren
- Intensive bürgerfreundliche Abfallberatung für Haushalte und städtische Einrichtungen und eine verstärkte Abfallberatung für Gewerbebetriebe
- Werbung für Kostensenkungen durch Abfallvermeidung
- Ausweitung der Unterstützung von privaten Initiativen, welche sich für Müllvermeidung und Reinhaltung von Erholungsflächen einsetzen
- Kontrollen, um die Abfalltrennung in städtischen Gebäuden, Privathaushalten und Gewerbebetrieben sicherzustellen
- Förderung von verpackungsfreien Geschäften
- Sanktionierung von Vermüllung, von z.B. Isarufeln und Grünflächen
- Sicherstellen, dass der Münchner Müll nicht exportiert wird und dort Landschaften, Ozeane und Böden belastet
- Etablierung eines stadtweiten To-Go-Systems mit wiederbenutzbaren Bechern
- Zudem muss sich die Stadt einsetzen für eine fortschrittliche Verpackungsverordnung mit dem Ziel, Kunststoffe auf wenige recyclingfähige Materialien zu begrenzen.

7. Gesund leben in München

7.1. Prävention und Verbraucherschutz

Mit dem Volksentscheid für besseren Nichtraucherschutz in Bayern feierte die ÖDP 2010 einen großen Erfolg in der Gesundheitspolitik.

Auch die Stadt München muss alle geeigneten gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Reduzierung der Auswirkungen von Lärm, Luftschadstoffen, Strahlung, Suchtmitteln und Stress ergreifen sowie die Werbung für gesundheitsschädliche Produkte unterbinden.

Die ÖDP sieht die Gesundheit als ein Allgemeingut an, das allen zusteht. Deshalb müssen sowohl Gesundheitssystem als auch die Gesundheitsbetriebe in öffentlicher Hand bleiben. Die medizinische und psychische Notfallversorgung und insbesondere die Versorgung von Schwangeren und Kleinkindern muss für alle jederzeit gewährleistet werden.

Den Ausbau von Handystrahlung mit 5G, einer Technik ohne TÜV-Kontrolle und Zertifizierung, bei der die gesundheitliche Unbedenklichkeit wissenschaftlich nicht garantiert wird, lehnen wir ab. Jede Technik, bei der die Menschen Strahlung ausgesetzt werden, muss den höchsten Schutzanforderungen genügen.

Wir fordern deshalb in München:

- Ausbau der Aufklärung und Prävention
 - Förderung der Vorbeugung und Vorsorge vor Ort
 - Aufbau von dezentralen Gesundheitsberatungsstellen
 - Ausbau der Aufklärung zu sexuell übertragbaren Krankheiten (STD)
 - Förderung von Schwangerschaftsberatungsstellen auch nichtstaatlicher Träger
 - Verbesserung der städtischen Beratungs-, Präventions- und Ausstiegsprogramme aus der Prostitution, z.B. durch aufsuchende Sozialarbeit, Schutzwohnungen und eine stabilisierende, traumatherapeutische Begleitung
 - Im Sperrbezirk ist auch die Nachfrage nach Prostitution mit einem Bußgeld zu belegen.
 - Umfangreiches Monitoring zur Qualität der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in München
 - Sensibilisierung von städtischen Beschäftigten für Anzeichen von Menschenhandel und Ausbeutung bei der Anmeldung
 - im Rahmen der Gesundheitsprüfung die Erkennung und fachgerechte Behandlung von Posttraumatischen Belastungsstörungen und STD
 - Weiterhin verstärkte Anstrengungen zur Information und Prävention von psychischem und sexuellem Kindesmissbrauch
 - Verstärkte Aufklärung zu Suchtgefahren bei Drogen- und Medienkonsum an Schulen, besonders auch im Hinblick auf jugendgefährdende Medieninhalte
 - Ausbau der städtischen Stellen zur Sucht- und Drogenprävention
 - Ausbau der Drogen-, Alkohol- und Gewaltprävention an Schulen
- Konsequente Gesundheitsmaßnahmen
 - Flächendeckende, wohnortnahe Grundversorgung mit Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen
 - Angemessene Bezahlung von Personal im städtischen Gesundheitswesen
 - Konsequente Eindämmung des Lärms an Straßen und Schienen durch Baumaßnahmen, Begrünung und Tempolimits
 - Glyphosatfreie Bahnanlagen im Stadtgebiet
- Wirksamer Verbraucherschutz
 - Kein öffentliches Werben für gesundheitsgefährdende oder jugendgefährdende Produkte
 - Verstärkte Kontrollen zur Einhaltung des Nichtraucherschutzes
 - Verstärkte Hilfe und Information zu Drogen- und Alkoholmissbrauch

- Strikter Ausschluss von gefährlichen Chemikalien (SVHCs) beim Kauf von Baumaterialien und Einrichtungen für Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen; Vermeidung in allen anderen städtischen Gebäuden
- Schutz vor Strahlenbelastung
 - Einführung eines verpflichtenden Abnahmeverfahren der Sendemasten ähnlich der TÜV-Abnahme von Autos
 - Stopp des Ausbaus von 5G, solange die Strahlenbelastung nicht ausreichend wissenschaftlich untersucht wurde
 - Die Strahlenbelastung in den Vierteln durch den Ausbau von Mobilfunkanlagen ist so gering als möglich zu halten. Vor dem Ausbau sind Anrainer anzuhören.
 - Das Handyverbot an Münchner Schulen ist beizubehalten.
 - Die Strahlungsbelastung ist wissenschaftlich zu untersuchen und begleiten und gegebenenfalls entsprechende Konsequenzen zum Gesundheitsschutz zu ziehen.

7.2. Gesund nachhaltig und regional ernähren

Gute Ernährung ist gesund, nachhaltig und fair produziert, ohne unsere natürlichen Grundlagen zu zerstören etwa durch zu intensive Landnutzung. Daher wollen wir auch in München die Ernährungswende. Die Stadt muss mit gutem Beispiel voran gehen:

- Die Stadt, ihre Gesellschaften und Einrichtungen beschaffen Nahrungsmittel zu 100% aus nachhaltiger, biologischer und fairer Erzeugung.
- Umstellung der Beschaffung auf regionale und saisonale Erzeugnisse
- Massive Erhöhung des Anteils an vegetarischen und veganen Gerichten in Kantinen in Schulen, Krankenhäusern, Senioreneinrichtungen, Kindergärten
- Bio-Gastronomie auch auf Dulten, dem Oktoberfest und in Sportstadien muss bei Vergaben der Stadt bevorzugt werden.
- Bevorzugung pflanzlicher und wenig verarbeiteter Lebensmittel in städtischen Essenseinrichtungen
- Kostenlose Abgabe von noch essbaren Lebensmitteln, statt Entsorgung zu fördern
- Legalisierung des „Containerns“, der Rettung von noch genießbaren Lebensmitteln aus Mülltonnen
- Förderung von Foodsharing-Communities
- Förderung von Initiativen, die Verbraucher und Erzeuger von Lebensmitteln direkt zusammenbringen

8. Soziales München: Bildung und Teilhabe für alle Generationen

Bildung schafft Chancengleichheit und wirkt inklusiv. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene werden durch wertschätzende und fördernde Begleitung für ein eigenständiges Leben in einer weltoffenen und nachhaltig wirksamen Gesellschaft vorbereitet. Die Sicherung von Bildung und Teilhabe aller muss in der Stadt gewährleistet sein.

Familien, Senioren, Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung: Alle haben in der Stadtgesellschaft einen Platz.

8.1. Ein vielfältiges und offenes Bildungswesen

Das öffentliche Bibliothekswesen sichert eine lebendige Lesekultur. Vor allem die Kinder- und Jugendliteratur, aber auch qualitativ hochstehende Video- und Audio-Angebote sind unverzichtbar. Angebote der Nachmittagsbetreuung und der Schulsozialarbeit müssen ausgebaut werden. Kindern und Jugendlichen muss Medienkompetenz vermittelt werden, Pädagogen brauchen entsprechende Fortbildungen und Kompetenzen.

Wir fordern deshalb:

- Ausbau und Weiterentwicklung der Bibliotheken
- Weiteren Ausbau der Münchner Volkshochschule
- Ausweitung des Angebots an politischer Bildung und Partizipation
- Erhöhung der Etats Neuanschaffungen und Modernisierung
- Bessere Kooperation mit den Trägern anderer Bibliotheken (z.B. Universitäten, Schulen, Kirchen, Verbände, Stiftungen, Unternehmen)
- Förderung frühkindlicher analoger Bildungsangebote
- Keine Ausweitung der verpflichtenden Ganztagsbetreuung auf höhere Jahrgänge als bisher, da dies in bestehenden Schulgebäuden räumlich kaum möglich ist und einer Erziehung zur Selbstständigkeit zuwiderläuft.
- Förderung der pädagogischen Medienkompetenz
- Gewährleistung und Förderung des vielfältigen Bildungs- und Schulangebots – auch der freien Träger
- Ganztagschulen als Unterstützung für ganztägig beschäftigte Eltern müssen eine wesentlich großzügigere räumliche und personelle Ausstattung als Halbtagschulen aufweisen.
- Erhalt des vielfältigen akademischen Bildungsangebots in München
- Förderung von Bildungsangeboten für Ausbildungsberufe
- Fachliche und finanzielle Sonderförderung für städtische Schulen ab 40% Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund analog dem schweizer QUIMS-Ansatz
- Keine Ausweisung neuer Lehrkapazitäten an Münchner Universitäten, solange die Wohnsituation in München so angespannt ist; stattdessen Förderung von Hochschulen / Universitäten in bayerischen Mittelstädten
- Förderung von studentischem Wohnraum

8.2. Kinder- und familienfreundliches München

Kaum ein Lebensbereich des Menschen ist durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung so stark gefährdet wie Familien mit Kindern.

Kinder sind in München oft ein Armutsrisiko. Die ÖDP setzt sich deshalb für ein einkommensunabhängiges Erziehungsgehalt für die Wahlfreiheit von Eltern ein. Wir wollen die Rückbesinnung auf Werte anregen, die sich nicht an Besitz und Konsum messen lassen. In Familien kann dieses Wertebewusstsein am besten vermittelt werden. Kinder als Träger unserer Gesellschaft von morgen muss die Stadt mehr wertschätzen.

Wir fordern deshalb für Münchner Kindl:

- Ausbau der Kinderspielstätten in den Stadtbezirken
- Ausbau einer für Kinder sicheren Verkehrsinfrastruktur
- „Bus mit Füßen“ für alle Grundschul Kinder
- Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation

- Stärkung der Kompetenzen der Kinderbeauftragten der Landeshauptstadt
- Verstärkte Förderung von partizipativen Programmen wie dem Münchner Kinder- und Jugendforum, Mini-München, etc.
- Verbesserte Instandhaltung der städtischen Bildungseinrichtungen für eine angenehme Lernatmosphäre
- Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), um zukunftsfähiges Denken in ökologischer und sozialer Hinsicht zu fördern
- Familienfreundliche Preisgestaltung bei öffentlichen Einrichtungen, Bädern, Museen, etc.
- Kostenloser ÖPNV für Kinder und Jugendliche ab sofort.

Wir fordern deshalb für Familien:

- Aufnahme aller Eltern-Kind Initiativen in staatliche und städtische Förderrichtlinien
- Sicherung einer qualitativ hochwertigen Betreuung unter Einhaltung kindgerechter Betreuungsschlüssel auch bei Erkrankung von Teilen des Personals durch Bereithaltung einer mobilen Personalreserve
- Erhöhung der Attraktivität des Erzieher*innenberufs in München durch Anreize wie günstige Wohnungen oder höhere Zuschläge
- Angebote zur vertraulichen Geburt und Bekanntmachung dieses Angebots
- Echte Wahlfreiheit bei der Kindererziehung
- Ausreichende Versorgung mit Kitas und Kindergärten auch in Teilzeit
- Attraktive Angebote, um den Mangel an Hebammen zu beheben
- Förderung der Ansiedlung von Kinderärzten
- Verpflichtung zu Betriebskindergärten für größere Unternehmen
- Waldkindergärten als Ergänzung des Münchner Kindergartenangebots
- Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Zusätzliche geschlechtsneutrale Wickelräume für Eltern
- Qualifizierte Teilzeit- und Heimarbeitsplätze in der Verwaltung
- Familiengerechten und bezahlbaren Wohnungsbau

8.3. Münchner Jugend fördern

Die Suche nach der eigenen Identität, nach Lebenssinn und Lebenssicherheit ist für junge Menschen eine große Herausforderung. Die Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist uns ein großes Anliegen.

Die ÖDP fordert:

- Einführung eines Münchner Jugendstadtrats als repräsentatives politisches Jugendparlament für alle Minderjährigen; strukturelle konstruktive Zusammenarbeit des Stadtrats und der Stadtverwaltung mit diesem Gremium
- Überprüfung aller Städtischen Beschlüsse auf Zukunftsfähigkeit und Belastung zukünftiger Generationen; Erstellung eines jährlichen Berichts über diese Belastung.
- Förderung weiterer partizipativer und integrativer Kinder- und Jugendprojekte
- Förderung von Verbands- und offener Jugendarbeit, Breitensport und Stadtteiljugendtreffs
- Bestmögliche Ausstattung von Jugendfürsorge, Kreisjugendring, kirchlichen und Umweltschutzverbänden und deren jeweiliger Jugendgruppen
- Schaffung von zusätzlichen Jugendprogrammen zur Förderung ökologischen, demokratischen, kritischen und toleranten Denkens
- Kostenloser ÖPNV für Kinder und Jugendliche ab sofort

8.4. München für Senioren lebenswert erhalten

Die Zahl der Senioren in Deutschland steigt; in München ist altersgerechter und bezahlbarer Wohnraum oft ein Problem.

Die ÖDP fordert daher:

- Den Ausbau bedarfs- und altersgerechter und wohnortnaher Teilhabe-Angebote
- Effiziente Maßnahmen gegen Altersarmut wie z.B. bezahlbarer altersgerechter Wohnraum für Senioren
- Förderung innerfamiliärer Pflege
- Einrichtung von mehr Alten- und Pflegeeinrichtungen, Mehrgenerationenhäusern und betreutem Wohnen in kleineren Einheiten
- Ausweitung ambulanter Dienste und sozialer Dienstleistungen, damit ältere Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können
- Vergünstigten Wohnraum für Pflegekräfte
- Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Senioren in der Stadt
- Ausbau von Seniorentreffpunkten in Selbstbestimmung
- Ferienprogramme für Senioren, ähnlich denen für die Jugend
- Angebote für eine senioren- und behindertengerechte Naherholung

9. Solidarisches München – weltoffen, inklusiv, integrativ und engagiert

Wir wollen eine Stadt, in der sich Menschen unterschiedlicher Kultur, Herkunft, Muttersprache, sexueller oder religiöser Orientierung sicher und wohl fühlen. Wir wollen ein solidarisches, inklusives und weltoffenes München.

9.1. München - eine tolerante weltoffene Stadt

Alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gefährden das friedliche und harmonische Zusammenleben. Wichtig ist daher großes Engagement der Stadt für Toleranz und Weltoffenheit mit klarer Sprache und klaren Statements zum gegenseitigen Verständnis und Respektieren unterschiedlicher Lebensweisen aufgrund individueller, geschlechtlicher, religiöser oder weltanschaulicher Orientierung.

München bekennt sich zu den freiheitlichen, demokratischen und sozialen europäischen Werten und bietet seinen Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Europa und der Welt eine herzliche und sichere Heimat.

Die ÖDP München fordert deshalb:

- Starke öffentliche Förderung von Projekten gegen gewaltbereiten politischen Extremismus
- Förderung von Projekten gegen Rassismus, Links- und Rechtsradikalismus, sowie religiösen Fanatismus
- Förderung von Projekten gegen jede Art von Hass und Gewalt
- Förderung von Projekten und Kampagnen gegen Homo- und Transphobie

- Deutliche Positionierung und öffentliche Kampagne der Stadt gegen sexuelle Gewalt, Genderdiskriminierung und für Zivilcourage, besonders im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel und während der Volksfeste
- Keine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität
- Sensibilisierung der Beschäftigten von öffentlichen Einrichtungen für LGBTIQ-Belange
- Ausweitung der Kompetenz von Gleichstellungsbeauftragten auf LGBTIQ-Belange
- Förderung des Diversity Jugendzentrums München
- Zusätzliche geschlechtsneutrale Toiletten und Wickelräume in öffentlichen Gebäuden
- Aufklärungskampagne zu Prostitution als sexuelle Gewalt und Mitursache für Menschenhandel
- Keine Diskriminierung von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen
- Unbürokratische Hilfe besonders für ältere Menschen und Obdachlose ohne Zugang oder Kenntnisse in der Nutzung neuer Medien oder der deutschen Sprache durch alle städtischen Einrichtungen, insbesondere aber beim Vergabeverfahren der Stadt für Wohnungen
- Keine Diskriminierung von Menschen ohne Internetzugang
- Einführung einer öffentlichen städtischen Auszeichnung von Zivilcourage

9.2. Inklusion in München

Die Zuwendung an Hilfsbedürftige in den Familien, die Nachbarschaftshilfe sowie Hilfeleistungen von kleinen Vereinen in den Stadtvierteln sind jeder Sozialbürokratie überlegen. Die Stadtverwaltung soll solche Hilfe spürbar fördern. Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfegruppen sind keine Bittsteller, sondern Partner bei der Umsetzung dieser Konzeption.

Alle öffentlichen Hilfen zur Bewältigung der besonderen Probleme im Alter und bei einer Behinderung oder Einschränkung müssen darauf abzielen, so viel Selbstständigkeit wie nur möglich zu erhalten und fördern.

Arbeitsplätze und öffentliche Einrichtungen aller Art sind so zu gestalten, dass die Integration von Menschen mit Behinderung zur Selbstverständlichkeit wird.

Wir fordern deshalb:

- Barrierefreier Ausbau aller öffentlichen Gebäude und Verkehrsmittel
- Barrierefreie behindertengerechte Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden
- Ausbau der ambulanten Pflegekapazitäten und Förderung von innerfamiliärer Pflege, damit Menschen mit Behinderung in ihrer gewohnten Umgebung leben können
- Mehr Angebote für eine behindertengerechte Naherholung und Freizeitgestaltung
- Inklusive und barrierefreie Gestaltung der städtischen Ferienprogramme
- Offene Treffpunkte für Menschen mit Behinderung in Selbstbestimmung
- Vermeidung von Heimaufenthalten durch Ausbau von ambulanten Diensten, Hilfen für die häusliche Pflege, mehr Kurzzeitpflegeplätze zur Entlastung von pflegenden Angehörigen
- Förderung der ambulanten und stationären Hilfen zur Unterstützung der Pfl egetätigkeit in den Familien
- Regelmäßige, unangemeldete Überprüfung von Sozialträgern durch externe Gutachter, damit Misswirtschaft, undurchsichtige Abrechnungen, überflüssige Hierarchien und Bevormundung von Betroffenen unterbleiben
- Schaffung von mehr barrierefreiem Wohnraum
- Erleichterung des Umzugs älterer Menschen aus zu groß gewordenen Wohnungen ohne finanzielle Nachteile

- Behindertengerechter Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden und öffentlichen politischen Sitzungen (Stadtrat, Bezirksausschüsse)

9.3. Integration und Sicherheit für alle in München

Wir stehen für eine offene Gesellschaft in Solidarität und Verantwortung füreinander. Asyl für politisch Verfolgte und die Genfer Flüchtlingskonvention für Kriegsflüchtlinge sind unantastbare Grundrechte, zu denen wir stehen. Menschen, die längerfristig in München bleiben, sollen sich bestmöglich integrieren und hierzu auch Angebote vorfinden.

Wir fordern deshalb:

- Vermittlung von kulturellen Werten sowie demokratischen und rechtlichen Grundprinzipien
- Adäquates behördliches und polizeiliches Handeln
- Ausreichende Schutzmaßnahmen für gefährdete Menschen und Einrichtungen
- Ausweitung des Angebots an Integrationskursen
- Förderung der demokratischen Bildung und Ausgrenzungsprävention und -bekämpfung
- Ausweitung von Information und Angeboten zur Gleichstellung aller Geschlechter
- Separates Unterkunftsangebot für jeweils Frauen und Mädchen, LGBTIQ-Flüchtlinge und Flüchtlinge aus gewaltsam bedrohten kulturellen oder religiösen Minderheiten ihres Herkunftslandes im Raum München
- Angebote zur speziellen Förderung von zugewanderten Frauen und Mädchen zu deren Integration in Schule und Arbeitsmarkt
- Vermittlung sowohl von bayerischer Kultur und Gepflogenheiten als auch der Herkunftskulturen an Schulen, Kindergärten und Bildungseinrichtungen
- Ausweitung der Sprachangebote an der Volkshochschule
- Ausweitung der Sprachangebote an Regelschulen auch für Eltern

9.4. München – Weltstadt mit Herz für alle Menschen

Viele Münchnerinnen und Münchner haben Wurzeln außerhalb von München – diese kulturelle Vielfalt macht München weltoffen, tolerant und lebenswert; das muss so bleiben.

Wir stehen zu unserer Geschichte und den humanistischen Werten von Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit. München muss Hauptstadt der Erinnerung sein und gerade heute an die Folgen von politischem Extremismus erinnern und dem deutlich, sachlich und laut entgegenreten.

Die ÖDP fordert daher:

- Förderung der Forschung zur Stadtteilgeschichte in den Stadtbezirken
- Verstärkte Werbung und Ausschilderung der Münchner Kulturgeschichtspfade
- Förderung von Projekten der Völkerverständigung und Interaktion
- Ausbau und intensive Pflege der bestehenden Städtepartnerschaften und europäischen Kooperationen
- Förderung der beruflichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in städtischen Einrichtungen
- Stärkung der Fachstelle für Demokratie als Schnittstelle für demokratische Bildung und Initiativen gegen jede Form von Extremismus

- Optimale Ausstattung städtischen Einrichtungen zur Erinnerung an die Verbrechen der Nazidiktatur

9.5. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement fördern und würdigen

Viele Münchnerinnen und Münchner gestalten unsere Stadt mit, durch ehrenamtliches Engagement in Vereinen, Kultur, Kirchen, Nachbarschafts-, Bürgerinitiativen, im Stadtrat, in Bezirksausschüssen oder in demokratischen Parteien wie der ÖDP.

Vereine, Bürgerinitiativen und Parteien freuen sich über jeden aktiven Menschen, der bereit ist, seine Erfahrung, seine Tatkraft und seine freie Zeit für das Gemeinwohl einzusetzen. Die erstarkende Zivilgesellschaft trägt in vielen Bereichen zur Verbesserung unserer Lebensverhältnisse bei. Diese positive Entwicklung sollte von der Stadt gefördert werden.

Wir fordern deshalb:

- Bürgerinitiativen sollten am politischen Prozess beteiligt werden.
- Die Stadt muss ehrenamtliche Tätigkeit fördern und fordern.
- Förderung von nachbarschaftlichen Initiativen wie Repair-Cafés, Nachbarschaftshilfen etc.
- Volle Umsetzung des Bayerischen Freistellungsgesetzes für Jugendarbeit für städtische Bedienstete; Freistellung für volle 15 Tage ohne Lohnnachteil; Ausweitung dieser Regelungen auf alle anerkannten Ehrenamtsorganisationen
- Kostenloser ÖPNV für Menschen mit Ehrenamtskarte
- Bessere finanzielle Ausstattung von gemeinnützigen Vereinen im Stadtgebiet
- Bevorzugung von langjährig ehrenamtlich engagierten Organisationen bei der Vergabe von Flächen gegenüber Gewerbe
- Ausweisung von kostengünstigen Räumlichkeiten für Vereine und Initiativen

10. Impulse für Kunst, Kultur, Sport und Freizeit setzen

Die vielfältigen kulturellen Angebote und der hohe Freizeitwert machen München zur attraktivsten Großstadt Deutschlands. Sie erhöhen die Lebensqualität für alle Münchnerinnen und Münchner. Leider sind in der Vergangenheit Grünflächen und lebenswerte Räume verloren gegangen.

Um die Lebensqualität zu erhalten und gleichzeitig den Freizeitverkehr so gering wie möglich zu halten, sollten die Stadtteilzentren ein vielfältiges kulturelles Angebot aufweisen.

Grünflächen und Naherholungsgebiete sind konsequent auszubauen. Kommerzielle Großveranstaltungen sind dagegen nicht mehr öffentlich zu fördern.

Dazu sind folgende Schritte nötig:

10.1. Mehr Raum für Kunst und Kultur

- Schaffung von Raum für Kulturschaffende und Gemeinschaftswerkstätten
- Förderung dezentraler kultureller Angebote
- Vorausschauende Planung für Hallen- und Jugendkultur, inklusive der Förderung von Zwischennutzungen
- Förderung von herkömmlichen Kunstformen wie Malerei und Bildhauerei, unter anderem durch bessere Ausstellungsmöglichkeiten

- Förderung von Künstlern aller Altersgruppen
- Verstärkte Förderung musikalischer Vielfalt, also kleinerer Ensembles, Symphoniker und Kammerorchester
- Ausreichende Mittel zur Förderung der musikalischen Kinder- und Jugendarbeit

10.2. Naherholung und Freizeitmöglichkeiten vor Ort optimieren

- Erhaltung und Schaffung von Freiräumen in den Wohnquartieren zur Förderung der nachbarschaftlichen Beziehungen
- Erhaltung der bestehenden Freibäder
- Schaffung neuer Bademöglichkeiten, insbesondere durch zusätzliche Badeseen im Norden und Westen der Stadt
- Förderung dezentraler Stadtteilzentren und Jugendeinrichtungen
- Rückkehr zu der früheren Freiflächenversorgung von 32 m² Grünfläche pro Einwohner
- Mindestens vier Gemeinschaftsgärten in jedem Stadtviertel

10.3. Breitensport fördern

- Modernisierung und Erhaltung der bestehenden Sporteinrichtungen wie Schwimmhallen, Sportplätze, Tennis- und Tischtennisanlagen
- Erhebung des Bedarfs für zusätzliche Sportanlagen in den Stadtbezirken
- Modernisierung und Förderung insbesondere der Bezirkssportanlagen
- Gezielte Förderung von umweltschonenden Sportarten im Breitensport
- Prüfung der Schaffung neuer, frei zugänglicher Stadtsurfer-Wellen
- Bessere Finanzierung insbesondere der Sportjugendarbeit
- Mehr Werbung für Sport vor Ort in München
- Förderung der Auslastung und Ertüchtigung städtischer Sportstätten wie auch des Grünwalder Stadions
- Keine finanzielle Unterstützung kommerzieller Sportgroßereignisse
- Obligatorische MVV-Kombitickets für kommerzielle Sportgroßveranstaltungen

11. Politik in der Stadt – bürgernah, transparent und unabhängig

Transparenz und Unabhängigkeit schreiben wir groß. Deshalb hat die ÖDP seit ihrer Gründung in ihrer Satzung als einzige Partei festgeschrieben, dass sie keine Spenden von juristischen Personen, also Unternehmen und Interessenverbänden, annimmt. So ist unsere unabhängige Politik zum Wohle der Allgemeinheit gesichert.

11.1. Transparente Stadtratsarbeit

Wir fordern für den Stadtrat klare Regeln von Transparenz und Offenheit bezüglich der finanziellen Unterstützung von Unternehmen oder Interessenverbänden für im Stadtrat vertretene Parteien. Nur so funktioniert saubere Demokratie!

Wir fordern auch für den Münchner Stadtrat transparente Regeln:

- Verbot von Parteispenden für Unternehmen und Interessenverbände für die im Stadtrat vertretenen Parteien
- Einführung eines Ehrenkodex für alle Stadträtinnen und Stadträte
- Selbstverpflichtung der Stadträtinnen und Stadträte, in ihrer Funktion keine Inlandsflüge zu unternehmen
- Festlegung der Ehrenamtsvergütung des Stadtrats durch eine unabhängige Kommission, die den Arbeitsaufwand neutral bewertet anstelle von Selbstbezahlung
- Offenlegung von Interessenkonflikten aller Stadträte
- Selbstverpflichtung von Stadträtinnen und Stadträten zu einer Karenzzeit von mindestens zwei Jahren vor dem Wechsel in Führungspositionen städtischer Unternehmen
- Öffentliche Beratung aller wichtigen Stadtratsentscheidungen
- Der Stadtrat darf nur zum Schutz der Privatsphäre und Schutzbedürfnisse einzelner nicht-öffentlich tagen.
- Transparente Veröffentlichung der Finanzierung von Stadtbetrieben wie etwa des Tierparks

11.2. Bürger und Stadtteile stärken

- Größtmögliche Transparenz und Sichtbarkeit von Verwaltungs- und Planungsvorgängen
- Dezentralisierung der Stadtverwaltung und mehr Bürgerbüros in den Stadtvierteln außerhalb des Mittleren Rings
- Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Großprojekten der Stadt
- Größere Entscheidungsbefugnis der Bezirksausschüsse in den Stadtteilen
- Stärkere Berücksichtigung, Anhörung und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger- und Siedlervereine als lokale politische Interessensvertretungen

11.3. Politik online und barrierefrei

- Sitzungen der Bezirksausschüsse sollen in barrierefreien Räumen stattfinden, die gut mit dem MVV und Fahrrad erreichbar sind.
- Barrierefreier und leichter Zugang zu den Bezirksinspektionen
- Fortführung der Live-Übertragung der Stadtratsvollversammlungen im Internet
- Ausdehnung der Online-Übertragung auf Stadtrats-Ausschuss-Sitzungen und Bezirksausschuss-Sitzungen
- Dauerhafte Abrufbarkeit vergangener Sitzungen im Internet
- Weiterhin Veröffentlichung der Stadtratsbeschlüsse und Verwaltungsrichtlinien im Internet
- Rückkehr zu preisgünstigerer freier Software (Linux, Unix) zur Sicherheit der Daten der Stadt

11.4. Repräsentative und direkte Demokratie stärken

- Bürgerentscheide sind bedingungslos bis auf Widerruf durch einen erneuten Bürger- oder Ratsentscheid umzusetzen.
- Selbstverpflichtung des Stadtrats, den Bürgerwillen (Bürgerbegehren) anzuerkennen
- Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass alle im Stadtrat vertretenen Parteien bei künftigen Wahlen auch in allen Stadtbezirken zu Bezirksausschusswahlen antreten dürfen und die undemokratischen Hürden hierfür abgeschafft werden.
- Förderung der Partizipation von EU-Bürgern, damit diese sich repräsentativ in der Kommunalpolitik einbringen

- Abgabe von städtischen Kompetenzen an die Bezirksebene für Bereiche, die eine intensive Kooperation von München mit dem Umland erfordern (ÖPNV, Gesundheitsversorgung etc.)
- Förderung der Partizipation nicht wahlberechtigter Nicht-EU-Bürger

11.5. Strukturell die eigene Verwaltung kontrollieren

- Im Revisionsamt ist eine Kontrollinstanz zu schaffen, die von Bürgern und Verbänden vorgetragene Rechtsverstöße und Einsparmöglichkeiten umfassend prüft und dem Stadtrat und der Öffentlichkeit das Ergebnis mitteilt. Mit diesem Verfahren sollen Steuergeldverschwendung und Korruption sowie Verstöße gegen öffentliches Recht verhindert werden.

12. Euch gehört die Zukunft: Forderungen der Bewegung Fridays for Future

Die ÖDP sieht seit den 1980er Jahren die Folgen der Klimaüberhitzung als größtes Problem unserer Zeit an. Daher schließen wir uns den konkreten 32 Forderungen der Fridays for Future-Bewegung an den Münchner Stadtrat (Quelle: <https://fff-muc.de/forderungen-muenchen.pdf>) an, die sich in diesem Programm wiederfinden. Darüber hinaus haben wir weitreichendere Forderungen in diesem Programm sowie auf Landes- und Bundesebene.

Wir begrüßen, dass Schülerinnen und Schüler sowie die Zivilgesellschaft sich gegen den politischen Stillstand durch zivilen Ungehorsam wehren.

13. Bilanz der ÖDP in München und Bayern

Wir haben das erfolgreichste Volksbegehren in Bayern gestartet und sind „die vielleicht erfolgreichste Oppositionspartei Bayerns“ (Süddeutsche Zeitung vom 23.2.2019). Demokratisch und konsequent setzen wir ökologische Politik um.

Als dynamische, sachorientierte, ideologiefreie Partei der Mitte sind wir für alle Bürgerinnen und Bürger und Wähler die richtige Wahl.

Wir setzen uns ein für eine wertorientierte und zukunftsfähige Politik, auch mit Volksbegehren und Bürgerentscheiden und konnten hier neue Maßstäbe setzen in Sachen Nichtraucherschutz, Artenschutz, Verkehrswende und Klimaschutz:

13.1. ÖDP-Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“

- 2019 ÖDP-Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ gewonnen mit dem Rekord von 1,7 Millionen Unterstützern und damit 18% der Wahlberechtigten
- Gleichzeitig ein Gentechnikverbot in Bayern und eine klimaneutrale Staatsverwaltung bis 2030 erzwungen

13.2. Bürgerbegehren „Radentscheid“ & „Altstadtrading“

- 2019 mit den beiden erfolgreichsten Münchner Bürgerbegehren „Radentscheid“ und „Altstadtrading“ einen Radl-Altstadtring sowie zahlreiche neue Radwege und neue Standards für besseren Radverkehr durchgesetzt

13.3. ÖDP-Bürgerbegehren „Raus-aus-der-Steinkohle“

- 2014 als einzige Stadtratspartei den Kohleausstieg gefordert / beantragt
- 2017 das ÖDP-Bürgerbegehren „Raus-aus-der-Steinkohle“ gewonnen und damit klimapolitisch neue Maßstäbe gesetzt
- Nach Widerstand nochmal durchgesetzt (Juli 2019); die Umsetzung erfolgt bis zur Abschaltung des Kohlekraftwerks 2022

13.4. Bürgerbegehren gegen eine Dritte Startbahn

- 2012 Bürgerbegehren gegen eine Dritte Startbahn mit vielen Partnern gewonnen und damit auch vielen Anwohnern den Verlust ihrer Heimat und eine weitere Zerstörung des Erdinger Moos verhindert

13.5. Zahlreiche erfolgreiche Stadtratsanträge (Auszug 2013-2019)

- 2019 Verbot von Silvesterböllern in der Innenstadt und Knallkörpern im Stadtgebiet
- 2019 Vision Zero: München zu null Toten im Straßenverkehr verpflichtet
- 2019 Verpflichtende Abbiegeassistenzsysteme für alle Lkw im Auftrag der Stadt zum Schutz der Radler und Kinder
- 2019 Gespräche des OB mit Fridays for Future per Antrag erzwungen
- 2018 Einführung mehrerer Buslinien im Münchner Norden durchgesetzt
- 2017 Einführung der bayerischen Ehrenamtskarte auch für München durchgesetzt
- 2016 Anpassungskonzept an die Klimakrise in München angestoßen
- 2014 Alleinige Forderung nach Münchner Kohleausstieg 2022 – Ende von Rot-Grün
- 2014 Fortführung der Isar-Renaturierung durchgesetzt
- 2013 Bürgerbegehren gegen steuerfreie Winterolympiade gewonnen

13.6. Auch auf Antrag der ÖDP in München durchgesetzt

- Einführung der kostendeckenden Vergütung von Solarstrom
- Energiesparprojekt Fifty-Fifty an Schulen
- Umstellung der Datenverarbeitung der Stadt München auf das offene Betriebssystem Linux
- Keine Duldung von Mobilfunksendern auf/bei städtischen Gebäuden mit sensibler Nutzung
- Unterstützung der Münchner Kinder- und Jugendfarm
- Umrüstung von einigen städtischen Fahrzeugen auf den Betrieb mit reinem Pflanzenöl
- Verhinderung der Beteiligung der Stadtwerke München an weiteren klimaschädlichen Kohlekraftwerken durch entsprechende Stadtratsanträge und unter Ankündigung eines Bürgerbegehrens
- Fortführung der Isar-Renaturierung beschlossen
- Durchsetzung des Maßnahmenkonzepts „Anpassung an die Klimakrise in der Landeshauptstadt München“

13.7. Unsere Erfolge auf Landesebene: mehr Gesetze als die SPD

- Mehr bayerische Gesetze durchgesetzt als die SPD (seit 1946 im Landtag)
- ÖDP-Volksbegehren zur Abschaffung des Senats gewonnen (1998)
- ÖDP-Volksbegehren zur Verschlankung des Landtags gewonnen (1998)
- ÖDP-Klage gegen bayerisches Büchergeld an Schulen gewonnen (2006)
- ÖDP-Volksbegehren für besseren Nichtraucherenschutz gewonnen (2010)

14. Bitte gehen Sie ÖDP wählen! Ihre Stimme zählt.

Wenn Sie mehr über unsere Arbeit im Stadtverband und im Stadtrat, in den Bezirksausschüssen und in den Bezirksausschüssen wissen möchten, schauen Sie auf unsere Homepage www.oedp-muenchen.de.

Sachorientiert treten wir für eine enkeltaugliche Welt ein und brauchen hierfür jeden Interessierten, wir arbeiten freundschaftlich und freuen uns über jede positive Verstärkung.

Werden Sie Mitglied, schnuppern Sie rein (1 Jahr beitragsfrei)!

Unterstützen Sie uns bei der Stadtratswahl und bei den Bezirksausschusswahlen im März 2020!

Wir arbeiten komplett ehrenamtlich, anders als die etablierten Parteien nehmen wir keine Spenden von Unternehmen und juristischen Personen. Nur so kann Politik unabhängig zum Wohle der Allgemeinheit handeln.

Es gibt keine 5-Prozent-Hürde – Jede Stimme für die ÖDP zählt!

ÖDP – für ein lebenswertes München.